



Beteiligungsbericht 2023 **der** **Stadt Voerde**

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.....	1
2	Beteiligungsbericht 2023	3
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	3
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes.....	4
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Voerde.....	5
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	6
3.2	Beteiligungsstruktur	7
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	8
3.4	Einzeldarstellung.....	8
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Voerde zum 31. Dezember 2023.....	8
3.4.1.1	Stadtwerke Voerde GmbH.....	10
3.4.1.2	DeltaPort GmbH & Co. KG	19
3.4.1.3	DeltaPort VerwaltungsGmbH.....	37
3.4.1.4	Wohnbau Dinslaken GmbH	42
3.4.1.5	d-NRW AöR.....	54
3.4.1.6	Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken	64
3.4.1.7	Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe	74
3.4.1.8	Volksbank Rhein-Lippe eG.....	77
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Voerde zum 31. Dezember 2023.....	78
3.4.2.1	Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG.....	78
3.4.2.2	Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH.....	83
3.4.2.3	Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG.....	86
3.4.2.4	Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH.....	92
3.4.2.5	Voerde Windenergie GmbH.....	95
4	Allgemeine Informationen.....	100
4.1	Kennzahldefinitionen	100



Herausgeber:

Stadt Voerde (Niederrhein)
Der Bürgermeister
Fachdienst 3.1 – Haushalt und Controlling
Rathausplatz 20, 46562 Voerde
E-Mail: controlling@voerde.de

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen

soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2023

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr.

Der Rat der Stadt Voerde hat am 08.10.2024 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Voerde gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Voerde hat am 03.12.2024 den vorliegenden Beteiligungsbericht 2023 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Voerde. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Voerde, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Voerde durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Voerde durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Voerde insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Voerde. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Voerde die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

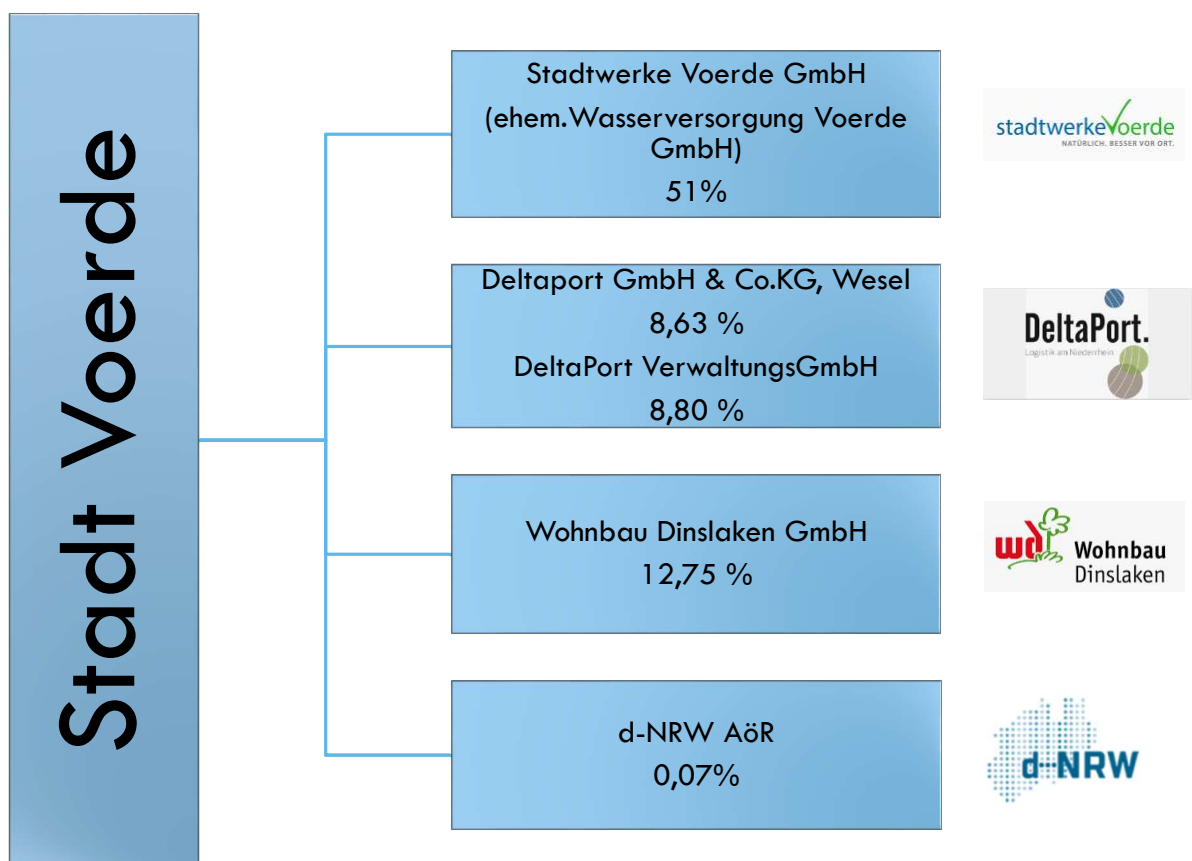
Hierzu kann die Stadt Voerde unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Voerde

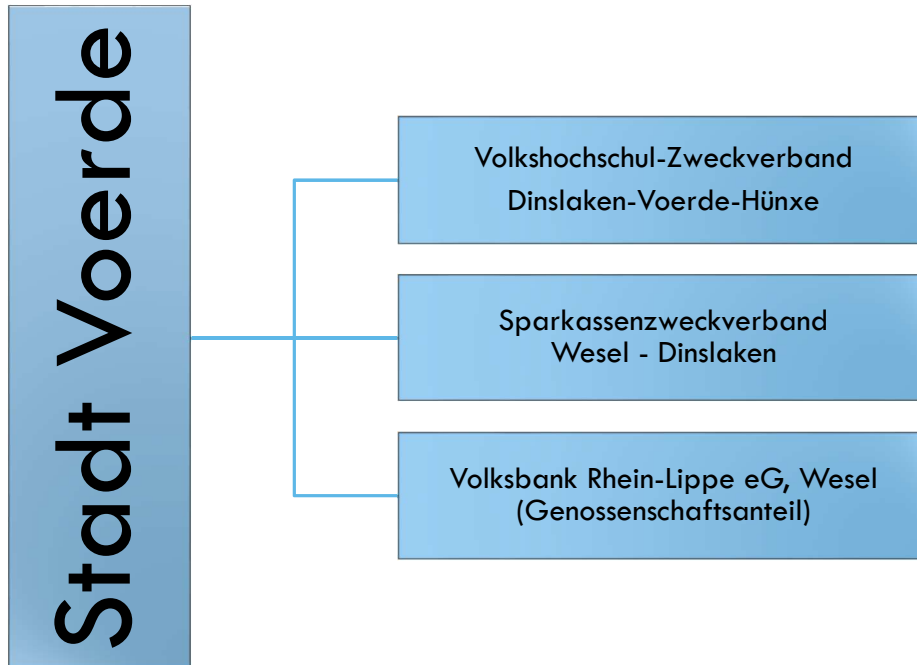
Beteiligungen

Beteiligungen	Städt. Anteile in %	Städt. Anteile in €
Stadtwerke Voerde GmbH (SWV) (ehem. Wasserversorgung Voerde GmbH (WVV))	51,00	1.326.000,00
DeltaPort GmbH & Co. KG	8,63	88.000,00
DeltaPort VerwaltungsGmbH	8,80	2.200,00
Wohnbau Dinslaken GmbH	12,75	767.000,00
d-NRW AöR	0,07	1.000,00



Zweckverbände und Genossenschaftsanteil

Die Stadt Voerde gehört dem Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken sowie dem Volkshochschul-Zweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe an. Außerdem besitzt die Stadt Voerde einen Genossenschaftsanteil an der Genossenschaftsbank Volksbank Rhein-Lippe eG.



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahresverlauf 2023 hat es keine Veränderungen gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht der Beteiligungen der Stadt Voerde mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

am 31.12.2023

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Voerde am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
1	Stadtwerke Voerde GmbH	2.600	1.326	51,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+1.445			
2	DeltaPort GmbH & Co. KG	1.019	88	8,6	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+869			
3	DeltaPort VerwaltungsGmbH	25	2	8,8	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+0			
4	Wohnbau Dinslaken GmbH	6.016	767	12,8	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+9.975			
5	d-NRW AöR	1.385	1	0,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+0			
6	Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG	1.000	510	51,0	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+620			
7	Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH	25	13	51,0	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+1			
8	Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG	1.000	382	38,2	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+360			
9	Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH	25	10	38,2	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+2			
10	Voerde Windenergie GmbH	25	3	12,8	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-83			
11	Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken				Zweckverband
	Jahresergebnis 2023				
12	Volkshochschulzweckverband Dinslaken-Voerde-Hünxe				Zweckverband
	Jahresergebnis 2023				
13	Volksbank Rhein-Lippe				Zweckverband
	Jahresergebnis 2023				

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kommune (in TEUR)

in TEUR	gegenüber	Stadtwerke Voerde GmbH	Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG	Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG	DeltaPort GmbH & Co. KG	Wohnbau Dinslaken GmbH	d-NRW AöR
Stadt Voerde	Forderungen	0	0	274	30	0	0
	Verbindlichkeiten	10	0	0	0	0	0
	Erträge	1.025	949	1.120	59	1.880	0
	Aufwendungen	1.327	0	0	0	232	0

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Voerde zum 31. Dezember 2023

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „**Anteile an verbundenen Unternehmen**“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Voerde einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Voerde mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „**Beteiligungen**“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „**Sondervermögen**“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Voerde geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „**Wertpapiere des Anlagevermögens**“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Voerde zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

- als „**Ausleihungen**“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Voerde gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Voerde dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Stadtwerke Voerde GmbH



Basisdaten

Anschrift	Rathausplatz 20, 46562 Voerde
Gründungsjahr	2018
Internetauftritt	www.stadtwerke-voerde.de
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Duisburg unter der Nummer HRB 9960
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschaftsvertrag	Vertrag vom 26.10.1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 16.12.2020.

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung und Lieferung von Trinkwasser und Energie, der Bau, Erwerb und Betrieb kommunaler Netzinfrastruktur im Stadtgebiet Voerde, sonstige energiewirtschaftliche Betätigungen im Sinne des § 107a GO NRW sowie die Erbringung kommunalnaher Dienstleistungen.

Der Gesellschaftszweck ist auf öffentliche Zwecke ausgerichtet. Im Zusammenhang des Unternehmensgegenstandes kann die Gesellschaft

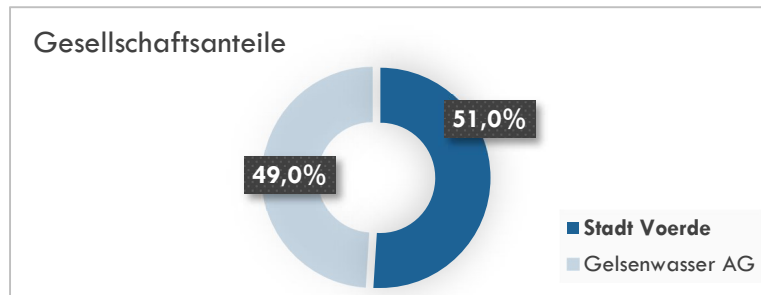
- a) andere Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen,
- b) Handelsgeschäfte und Dienstleistungen jeglicher Art ausführen,
- c) Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen errichten

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Aufgabe der Stadtwerke Voerde GmbH (SWV) ist die Beschaffung und Lieferung von Trinkwasser und Energie, der Bau, Erwerb und Betrieb kommunaler Netzinfrastruktur im Stadtgebiet Voerde, sonstige energiewirtschaftliche Betätigungen im Sinne des § 107a GO NRW sowie die Erbringung kommunalnaher Dienstleistungen. Basis für die Wasserversorgung in der Stadt Voerde ist der langfristig vereinbarte Konzessionsvertrag. Des Weiteren versorgt die SWV Kunden mit Strom und Gas.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 51 % der Anteile an der SWV. 49 % der Anteile werden von der GELSENWASSER AG gehalten.



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft hat im Wirtschaftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.444.500,00 € erwirtschaftet.

Es werden 900.000,00 € an die Gesellschafter ausgeschüttet, somit aufgrund der Gesellschaftsanteile 459.000,00 € an die Stadt Voerde.

Dividende	2023
	EURO
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde	1.326.000
Dividende	459.000
./. Kapitalertragsteuer	114.750
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	6.311
Nettodividende	337.939

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	30.108	29.138	+970	A. Eigenkapital	15.507	14.962	+545
B. Umlaufvermögen	3.547	2.858	+689	B. Baukostenzuschüsse	1.515	1.470	+45
C. Rechnungsabgrenzung	3	10	-7	C. Rückstellungen	1.148	871	+277
				D. Verbindlichkeiten	15.488	14.703	+785
Bilanzsumme	33.657	32.006	+1.651	Bilanzsumme	33.657	32.006	+1.651

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	9.336	7.995	+1.341
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-7	+7
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	44	6	+38
5. Materialaufwand	6.001	5.075	+926
6. Personalaufwand	11	11	-0
7. Abschreibungen	837	784	+53
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.514	1.274	+240
Finanzergebnis	837	1.443	-606
Ergebnis vor Ertragssteuern	+1.855	+2.293	-438
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+1.445	+1.970	-526

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	49,2	49,9	-0,7
Eigenkapitalrentabilität	8,7	12,3	-3,6
Anlagendeckungsgrad 2	98,2	94,1	4,1
Verschuldungsgrad	103,4	100,4	3,0
Umsatzrentabilität	15,5	24,6	-9,2

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 war 1 Mitarbeiter/in (Vorjahr: 1) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Aufgabe der Stadtwerke Voerde GmbH (SWV) ist die Beschaffung und Lieferung von Trinkwasser und Energie, der Bau, Erwerb und Betrieb kommunaler Netzinfrastruktur im Stadtgebiet Voerde, sonstige energiewirtschaftliche Betätigungen im Sinne des § 107a GO NRW sowie die Erbringung kommunalnaher Dienstleistungen. Basis für die Wasserversorgung in der Stadt Voerde ist der langfristig vereinbarte Konzessionsvertrag. Des Weiteren versorgt die SWV Kunden mit Strom und Gas.

Wasserversorgung

Die SWV versorgt 8.903 Kunden mit Trinkwasser, wobei die Wasserverteilung über ein 213 km langes Versorgungsnetz erfolgt. Die Belieferung der SWV mit Trinkwasser erfolgt ausschließlich durch die GELSENWASSER AG.

Im Berichtsjahr belief sich die Trinkwasserabgabe auf 1,63 Mio. m³ (Vorjahr: 1,68 Mio. m³). Davon entfielen auf Tarifkunden 1,57 Mio. m³ (Vorjahr: 1,62 Mio. m³) und auf Großkunden 0,06 Mio. m³ (Vorjahr: 0,06 Mio. m³).

Im Jahresverlauf 2023 ergab sich eine rechnerische Differenz zwischen gemessener Wasserbezugsmenge und abgabeseitig fakturierter Menge in Höhe von 0,18 Mio. m³ (10,1 %). Zur Ermittlung der Wasserverluste ist diese Differenz um die Mengen für Rohrnetzspülung, Löschwasserentnahmen und sonstigen Eigenverbrauch zu korrigieren. Die sich daraus ergebende spezifische Verlustrate (qVR) im Abrechnungszeitraum Oktober 2022 bis September 2023 beträgt gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt W 392 0,056 m³/(h*km).

Am 1. Januar 2023 erfolgte nach neun Jahren Preiskonstanz eine Preiserhöhung um 0,135 €/m³ im Arbeitspreis und um 1,79 €/Monat im Grundpreis. Die Preisanpassung war betriebswirtschaftlich geboten, um die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Durchführung des angelegten Rehabilitationskonzeptes und damit einhergehender Investitionen zu ermöglichen. Zum anderen war die Preiserhöhung erforderlich, um die infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage stark steigenden Kosten (insbesondere Wasserbezugs-, Material-, Fremdleistungs- und Fremdkapitalkosten) im Sinne eines nachhaltigen Betriebsergebnisses zu decken. Für das Jahr 2024 sind keine Preisanpassungen vorgesehen.

Die Preise für Individualkunden wurden entsprechend den jeweiligen Preisvereinbarungen angeglichen.

Für das Jahr 2023 ergaben sich Umsatzerlöse mit Tarifkunden in Höhe von 4.908 T€ und mit Sonderkunden in Höhe von 163 T€. Insgesamt betragen die Haupterlöse 5.071 T€ (Vorjahr: 4.578 T€).

Energievertrieb

Die Stadtwerke Voerde GmbH belieferten zum Jahresende 2023 1.848 Kunden mit Strom und 700 Kunden mit Gas.

Für das Jahr 2023 ergaben sich Umsatzerlöse im Stromvertrieb in Höhe von 2.489 T€ und im Gasvertrieb in Höhe von 1.948 T€. Insgesamt betragen die Erlöse im Energievertrieb somit (nach Abzug der Energiesteuer in Höhe von 266 T€) 4.171 T€.

Energienetzgesellschaften

Die Stadtwerke Voerde GmbH hat im Geschäftsjahr 2023 die Erweiterung ihrer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen und ist mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2021 zu 100,0 % an der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH sowie zu 74,9 % an der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG beteiligt. Der operative Netzbetrieb (Netzbetreiberrolle) verbleibt bei den bisherigen Netzbetreibern. Die Energienetztochter verpachten die in ihrem Eigentum stehenden Energienetze an die Netzbetreiber.

Im Geschäftsjahr 2023 gingen den Stadtwerken aus den Energienetztochtern Beteiligungserträge in Höhe von 986 T€ zu.

Windgesellschaft

Die Voerde Windenergie GmbH konnte die projektierte Windenergieanlage des Herstellers Enercon, Typ E-138, im November 2023 in Betrieb nehmen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Berichtsjahr wurde das Rohrnetz um 1.065 m erweitert; 3.507 m des Leitungsnetzes wurden erneuert. Zudem wurden 54 neue Hausanschlüsse hergestellt (Vorjahr: 54).

Die Investitionen in Höhe von 1.814 T€ (Vorjahr: 1.733 T€) für das Jahr 2023 wurden aus der Innenfinanzierung gedeckt.

89,5 % (Vorjahr: 91,0 %) des Gesamtvermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung von der SWV in den Cash-Pool des GELSENWASSER-Konzerns die Liquidität des Unternehmens.

Neben den bereits seit 2018 und 2022 bestehenden Darlehensverträgen mit der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe (Nispa) über ursprünglich insgesamt 14,0 Mio. € wurden im Geschäftsjahr 2023 im Rahmen der Geschäftsfelderweiterung weitere 2,0 Mio. € bei der Nispa aufgenommen (Stand zum 31.12.2023: 14,8 Mio. €).

Das langfristig gebundene Vermögen ist zum 31. Dezember 2023 vollständig (Vorjahr: 93,3 %) durch langfristige Finanzmittel gedeckt.

Ertragslage

Das betriebliche Ergebnis liegt mit 1.018 T€ um 168 T€ über dem Vorjahresergebnis. Nach Einbezug des Beteiligungsergebnisses und Abzug von Zinsergebnis und Steuern liegt der Jahresüberschuss mit 1.444 T€ um 526 T€ unter dem Vorjahreswert.

Aus dem erwirtschafteten Ergebnis zuzüglich Zinsen lässt sich eine Gesamtkapitalrentabilität nach Steuern von 4,8 % (Vorjahr: 6,5 %) ableiten.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und -instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GWN über die GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. In diesem Zusammenhang wurde eine Aufnahme und Bewertung von Risiken sowie der Sicherungs- und Gegenmaßnahmen für die SWV durchgeführt.

Über den Betriebsführer werden regelmäßig latente Risiken identifiziert und analysiert sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenshöhe bestimmt. Dabei hat die Einrichtung von Sicherungssystemen zur Vermeidung von Risiken erste Priorität.

Risiken ergeben sich aus den allgemeinen Umfeld- und Betriebsbedingungen.

Durch den Krieg in Europa und im Nahen Osten bestehen weiterhin Unsicherheiten darüber, wie sich die Energiepreise sowie die Preise für Material- und Fremdleistungen im Geschäftsjahr 2024 und den Folgejahren entwickeln werden. Dieses Risiko war zum Zeitpunkt der Erstellung der Mittelfristplanung 2024 ff. nur retrograd prognostizierbar.

Die Sicherstellung der Liquidität wird durch die Einbindung in den Cash-Pool des GELSENWASSER-Konzerns und ein aktives Forderungsmanagement gewährleistet.

Aus heutiger Sicht sind für die SWV keine bestandsgefährdenden und sonstigen Risiken erkennbar, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Eintrittsfall zu Illiquidität oder Überschuldung führen können.

Ausblick

Hauptaufgaben für die Zukunft bleiben weiterhin die Sicherung, der Ausbau und der Erhalt einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Wasserversorgung. Zudem nimmt die Gesellschaft die Versorgung von Endkunden mit Strom und Gas wahr und ist an einer Gasnetz- sowie einer Stromnetzgesellschaft beteiligt. Darüber hinaus besteht seit 2021 die Beteiligung an einer Gesellschaft zur Erzeugung von Windenergie. Die Inbetriebnahme der Windkraftanlage erfolgte im November 2023.

Für das Jahr 2024 sind Investitionen in Höhe von 3.530 T€ vorgesehen, die im Wesentlichen für die Erneuerung und die Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen verwendet werden sollen.

Die Fortsetzung der notwendigen Rehabilitation von Wasserleitungen und Hausanschlüssen soll neben einer Verbesserung der Versorgungsverhältnisse hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Qualität auch eine Erhöhung der Nutzungsdauer der Leitungen bewirken. Zudem sollen diese Maßnahmen zur Senkung der Wasserverlustquote beitragen und diese auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Die Unternehmensplanung zeigt ab dem Geschäftsjahr 2025 einen Ergebnisrückgang gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 und 2024 auf nachhaltig rd. 1,1 Mio. €. Dabei sind nachhaltige Beteiligungsergebnisse aus den Strom- und Gasnetzeigentums Gesellschaften grundlegend. Somit zeigt sich insgesamt eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Für das Jahr 2024 wird ein

Jahresüberschuss i. H. v. rd. 1.303 T€ erwartet. Somit verbleibt das Jahresergebnis im nächsten Jahr auf ähnlichem Niveau wie 2023.

Die Unternehmensplanung wurde vor dem Hintergrund des Krieges in Europa und Nahen Osten und der absehbaren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt. Etwasige Auswirkungen der Kriege auf das Geschäftsergebnis der Stadtwerke Voerde GmbH sind hier berücksichtigt, sofern sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt erkennbar sind. Gleichwohl können spätere negative Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis nicht ausgeschlossen werden.

Die prognostizierte Unternehmensentwicklung basiert auf der im Herbst 2023 erstellten Mittelfristplanung. Aktuell erwartet die Stadtwerke Voerde GmbH aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine sowie der Auseinandersetzungen im Nahen Osten eine weitere Zuspitzung der bereits angespannten Lage an den Energiemärkten. Daraus können sich zusätzliche Belastungen ebenfalls in Form höherer Energie- und Rohstoffpreise ergeben. Eine belastbare Abschätzung der Auswirkungen ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Organe und deren Zusammensetzung

Mitglieder des Aufsichtsrats

stellvertretender Vorsitzender bis 31. Dezember 2023

Vorsitzender seit 1. Januar 2024

Bastian Lemm	Voerde	Beamter	1.300,00 €
--------------	--------	---------	------------

Vorsitzende bis 31. Dezember 2023

stellvertretende Vorsitzende seit 1. Januar 2024

Eva Lucia Kröger	Alpen	Bereichsleiterin Steuerung Betrieb der GELSENWASSER AG	1.600,00 €
------------------	-------	--	------------

Bernd Altmeppen	Voerde	Büroleiter	1.300,00 €
-----------------	--------	------------	------------

Eckart Capitain	Mülheim an der Ruhr	Mitarbeiter Vertrieb Wasser der GELSENWASSER AG	1.300,00 €
-----------------	---------------------	---	------------

Christian Creutzburg	Haltern am See	Geschäftsführer der GELSENWASSER Energienetze GmbH	1.150,00 €
----------------------	----------------	--	------------

Dieter Grootens	Wesel	Fachbereichsleiter und Fachdienstleiter der Stadt Voerde	1.300,00 €
-----------------	-------	--	------------

Stefan Meiners	Voerde	Beamter	1.300,00 €
----------------	--------	---------	------------

Jens Sielemann	Recklinghausen	Gruppenleiter Beteiligungsmanagement (Gruppe Wasserwirtschaft) der GELSENWASSER AG	1.300,00 €
----------------	----------------	--	------------

Stefan Weltgen	Voerde	Geschäftsführer Diakoniewerk Oberhausen	1.300,00 €
----------------	--------	---	------------

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen für das Geschäftsjahr 2023 insgesamt 11.850,00 €.

Geschäftsführung

Dirk Haarmann	Voerde
Jan Paul Hagedorn	Schermbek

Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit nebenberuflich aus. Herr Hagedorn ist Leiter der Betriebsdirektion der GELSENWASSER Energienetze GmbH und Herr Haarmann Bürgermeister der Stadt Voerde.

Herr Haarmann erhielt für seine Tätigkeit als Geschäftsführer 5.590,20 €. Herr Hagedorn erhält für seine Tätigkeit keine Vergütung von der SWV GmbH.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.


Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 9 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 11,11 %)

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.



Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.

3.4.1.2 DeltaPort GmbH & Co. KG



Basisdaten

Anschrift	Moltkestr. 8, 46483 Wesel
Gründungsjahr	2012
Handelsregistereintragung:	Amtsgericht Duisburg unter der Nummer HRA 11257
Rechtsform	GmbH & Co.KG
Gesellschaftsvertrag	vom 24. August 2012
Komplementärin	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die DeltaPort VerwaltungsGmbH (Amtsgericht Duisburg HRB 24773), ohne Anteil am Festkapital

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des interkommunalen Unternehmens sind,

- die marktgerechte Bereitstellung und Entwicklung von Flächen und Infrastruktur im Bereich der Häfen und des Bahnbetriebs. Dazu gehört auch die Planung, Errichtung, Unterhaltung und Finanzierung der dazu notwendigen Anlagen.
- die Umsetzung der Flächenentwicklung im Bereich der vorhandenen Betriebsstätten, deren Arrondierung und Optimierung in Vorbereitung auf die Ansiedlung attraktiver Gewerbebetriebe sowie die Entwicklung und Vermarktung der Flächen der Gesellschaft an hafenaffine Nutzer.

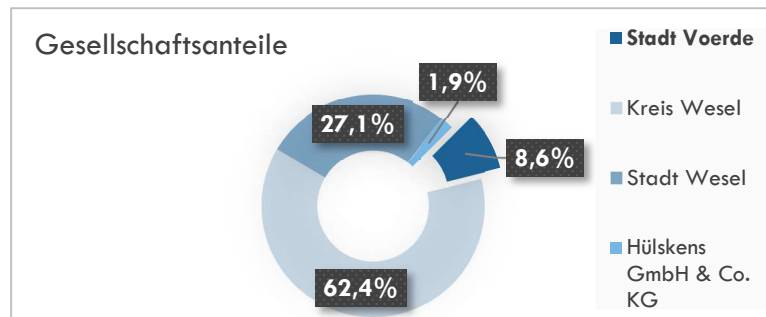
Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Einbringung der Häfen Emmelsum und Stadthafen Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel an der Betriebsstätte Rhein-Lippe-Hafen im August 2013, rückwirkend zum 01.01.2013, ist die DeltaPort GmbH & Co. KG für die Verwaltung und den Ausbau der Betriebsstätten Hafen Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen Wesel und Stadthafen Wesel zuständig.

Die DeltaPort GmbH & Co. KG ist eine kommunal beherrschte Gesellschaft. Im Geschäftsjahr 2022 ist die Fa. Hülskens mit einem Unternehmensanteil von 1,9 % beigetreten. Als Gegenwert hat die Fa. Hülskens Grundstücke in die Gesellschaft eingebracht, die für das Projekt Westerweiterung benötigt werden. Gesellschafter sind somit der Kreis Wesel, die Stadt Wesel, die Stadt Voerde sowie die Fa. Hülskens. Komplementärin ist die DeltaPort VerwaltungsGmbH.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 8,6 % der Anteile an der DeltaPort GmbH & Co. KG. 62,4 % der Anteile werden vom Kreis Wesel und 27,1% von der Stadt Wesel gehalten. Die restlichen 1,9 % hält die Hülskens GmbH & Co. KG.



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gesellschafterdarlehen über insgesamt 2,2 Mio. €

Am 26.04.2017 wurde ein Gesellschafterdarlehen über insgesamt 2,2 Mio. € an die DeltaPort GmbH & Co. KG ausgezahlt.

Die Stadt Voerde hat gemäß ihrem Anteil einen Teilbetrag in Höhe von 193.000 € geleistet.

Das Darlehen wird halbjährlich zum 30.06./31.12. von der DeltaPort GmbH & Co. KG getilgt und wird mit 2% verzinst. Laufzeitende ist der 30.06.2047.

Gesellschafterdarlehen über insgesamt 17 Mio. €

Die Gesellschafter haben zum 1. Juli 2019 ein Projektzwischenfinanzierungsdarlehen in Höhe von max. 17,0 Mio. EUR gewährt. In diesem Fall ist vereinbart worden, dass der Abruf in mehreren Tranchen erfolgen kann.

Der Anteil der Stadt Voerde beträgt hier 1.496.000 €.

Dieses Darlehen ist endfällig und wird mit 1,47% verzinst. Das Darlehen hat eine ursprüngliche Laufzeit bis zum 30.06.2021 besessen. Im Jahr 2023 wurde eine weitere Verlängerung um 24 Monate zu einem Zinssatz von 3,81 % vereinbart.

Gesellschafterdarlehen über insgesamt 13 Mio. €

Im Jahr 2022 wurde ein Gesellschafterdarlehen zum Zwecke der Finanzierung des nicht geförderten Eigenanteils zur Herstellung der Logistikzone im Rahmen der Westerweiterung des Hafens Emmelsum in Höhe von insgesamt 13 Mio. € gewährt. In diesem Fall ist vereinbart worden, dass der Abruf in mehreren Tranchen erfolgen kann.

Der Anteil der Stadt Voerde beträgt hier 1.144.000 €.

Dieses Darlehen ist bis zum 31.12.2026 tilgungsfrei und wird mit 2,51% verzinst. Die Vertragslaufzeit endet mit der vollständigen Tilgung des Darlehens, spätestens am 31.12.2051.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	50.676	48.009	+2.667	A. Eigenkapital	21.680	20.811	+869
B. Umlaufvermögen	6.681	6.124	+557	B. Rückstellungen	1.130	928	+202
C. Rechnungsabgrenzung	119	173	-55	C. Verbindlichkeiten	31.108	30.671	+437
D. Aktive latente Steuern	0	0	+0	D. Rechnungsabgrenzung	3.558	1.896	+1.662
E. Aktiver				E. Passive latente Steuern	0	0	+0
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	+0				
Bilanzsumme	57.476	54.306	+3.170	Bilanzsumme	57.476	54.306	+3.170

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	4.703	3.925	+778
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	66	77	-11
4. sonstige betriebliche Erträge	303	76	+227
5. Materialaufwand	0	0	+0
6. Personalaufwand	1.306	1.127	+179
7. Abschreibungen	669	483	+186
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.285	1.041	+244
Finanzergebnis	-692	-506	-186
Ergebnis vor Ertragssteuern	+981	+757	+224
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+869	+757	+112

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	37,7	38,3	-0,6
Eigenkapitalrentabilität	4,0	3,6	0,4
Anlagendeckungsgrad 2	97,4	65,1	32,3
Verschuldungsgrad	165,1	160,9	4,2
Umsatzrentabilität	18,5	19,3	-0,8

Personalbestand

Im Geschäftsjahr 2023 waren durchschnittlich 16 Arbeitnehmer (Vorjahr: 16) bei der DeltaPort GmbH & Co. KG beschäftigt. Diese teilen sich wie folgt in Gruppen auf: In der Verwaltung sowie Technikabteilung waren elf dieser Arbeitnehmer beschäftigt. Zudem waren fünf Hafenermeister beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Unternehmensentwicklung

Öffentlicher Zweck der Hafengesellschaft ist aus dem Unternehmensgegenstand heraus die Entwicklung und der Ausbau der Hafenstandorte Emmelsum, Rhein-Lippe-Hafen Wesel sowie des Stadthafens Wesel. Dabei steht zum einen die Bestandssicherung der angesiedelten Unternehmen im Mittelpunkt. Zum anderen ist es Hauptaufgabe, die enormen Entwicklungspotentiale der Häfen zu heben und zu nutzen. Ziel ist es, Unternehmen anzusiedeln, die Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung für die Region generieren.

Um diese Ziele zu erreichen, wird es auch im Geschäftsjahr 2024 eine der zentralen Aufgaben der Hafengesellschaft sein, die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Masterplan „Häfenkooperation Niederrhein“ fortzuführen.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen aus dem Masterplan wurde in einem ersten Schritt durch Umwandlung der Rhein-Lippe-Hafen Wesel GmbH und Einbringung des Hafens Emmelsum und des Stadthafens Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel am Rhein-Lippe-Hafen Wesel die Gründung einer gemeinsamen leistungsfähigen Hafengesellschaft umgesetzt. Der Gründungsprozess ist inzwischen weitestgehend abgeschlossen.

Nach der Gründung der gemeinsamen Hafengesellschaft sind im Geschäftsjahr 2024 die Aufgaben, die Marktposition der Hafengesellschaft weiter auszubauen sowie diese in der Logistikbranche als innovativ und zukunftsweisend zu etablieren. In diesem Zusammenhang finden grundsätzlich weitreichende und wirkungsvolle Marketingmaßnahmen statt.

Anfang 2018 erfolgte die Gründung einer gemeinsamen Marketinggesellschaft, der DeltaPort Niederrheinhäfen GmbH (Orsoy - Voerde - Wesel - Emmerich). Mitgesellschafter sind der Hafen Emmerich und der NIAG-Hafen Rheinberg-Orsoy. Ziel dieser Gesellschaft ist die Planung und Durchführung von Marketingmaßnahmen und Werbung sowie Öffentlichkeitsarbeit für die Hafenstandorte der an der Gesellschaft beteiligten Unternehmen unter dem Label DeltaPort.

Weitere Möglichkeiten, Kooperationen mit Beteiligten der Logistikbranche sowie mit anderen Häfen einzugehen, werden geprüft. Eine generell engere Zusammenarbeit mit den Häfen in NRW wird ebenfalls angestrebt und befindet sich weiter in der Entwicklung. Insbesondere über Fachausschüsse des Bundesverbandes öffentlicher Binnenhäfen, deren Mitglied DeltaPort ist, findet eine Vernetzung statt.

Im Projekt DeltaPort 4.0 hat die Hafengesellschaft Zukunftstrends in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen analysiert, um die Entwicklung der Häfen auf diese auszurichten. Ziel ist

eine nachhaltige Entwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der sich stetig ändernden Rahmenbedingungen (z. B. Klimaerwärmung, Globalisierung, Digitalisierung uvm.).

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zeigte sich bereits in den Auswirkungen der langanhaltenden Niedrigwasserphasen des Rheins in den Jahren 2018 und 2020. Eine Optimierung der Bahnanbindung, um bei Niedrigwasser Gütertransporte sicherzustellen und Substitute zum Verkehrsträger Wasserstraße zu schaffen, wird angestrebt. Dies auch, um eine Verlagerung der Güterströme auf den LKW zu vermeiden. Die Veränderung in der Güterstruktur ist ebenfalls zu beachten. Durch den generellen Rückgang der Massenguttransporte sind entsprechende Alternativen zu schaffen und neue Marktbereiche zu erschließen.

Ein weiterer wesentlicher Kernpunkt der Hafenenwicklung ist der Themenbereich Nachhaltigkeit. DeltaPort hat sich dem EcoPort-Netzwerk der ESPO (European Sea Ports Organisation) angeschlossen und verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit ergriffen, wie z. B. der Austausch von Hafenbeleuchtung gegen sparsame LED-Technik oder die Nutzung von E-Fahrzeugen. Daneben betreibt DeltaPort diverse Nachhaltigkeits-Projekte im Rahmen der Umgestaltung logistischer Ketten mit dem Ziel der Emissionsminimierung.

Mit den Projektpartnern Nordfrost und Port of Rotterdam werden im Rahmen des Projektes „Cool Corridor“ Möglichkeiten der Optimierung der Kühllogistik umgesetzt. In diesem Projekt-rahmen untersuchen die Kooperationspartner die Möglichkeiten der Verkehrsverlagerung temperaturgeführter Transporte vom LKW auf das Binnenschiff. Die meisten Kühlcontainer werden nach wie vor im Seehafen entladen und per LKW in das Hinterland transportiert. In Zukunft sollen mehr Kühlcontainer mit dem umweltfreundlichen Binnenschiff ins Hinterland befördert werden. Um diesen Binnenschifftransport noch effizienter und umweltschonender zu gestalten, wird seitens DeltaPort, Nordfrost sowie dem Port of Rotterdam an einem „CoolCorridor“ gearbeitet. Geforscht wird in diesem Rahmen an alternativen Antrieben für Binnenschiffe (Strom, Wasserstoff) und einer entsprechenden Infrastruktur sowie an weiterer Digitalisierung der sensiblen Kühllogistikketten.

Das Projekt LOG4NRW setzt darauf auf, in der verkehrlichen Vernetzung der Hafen- bzw. Terminalstandorte Wesel, Duisburg, Siegen und Dortmund ein „logistisches Quadrat“ um das Kerngebiet unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zu spannen. Die aus diesem umspannten Gebiet stammenden Quell-, beziehungsweise für dieses Quadrat bestimmten Zielverkehre können an den Eckpunkten vom Verkehrsträger LKW auf die Verkehrsträger Binnenschiff und/oder Bahn umgelagert werden. Hierbei soll die Stausituation auf Fernstraßen in Nordrhein-Westfalen entschlackt und bestehende Möglichkeiten der Wasserstraße und der Schiene als Verkehrsalternative genutzt werden. Das Straßenfahrzeug soll nur noch auf der „letzten Meile“ eingesetzt oder durch Alternativen, wie z. B. Lastenfahrräder, gänzlich ersetzt werden. Am 07.11.2023 setzte sich der erste Containerzug im Rahmen der Kooperation mit einer Auslastung von über 90% in Bewegung.

Das Projekt LOG4NRW wurde mit dem Projekt SPaCiH (Smart Park City Hubs) der Hochschule Niederrhein gekoppelt. SPaCiH ergänzt das Projekt LOG4NRW um Konzepte zur zukünftigen Feindistribution kleinteiliger Güterströme unter Einbeziehung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn. Die Aufgabe besteht im Aufbau einer verstärkten Vernetzung zwischen den einzelnen Gewerbestandorten und der Optimierung der Citylogistik.

DeltaPort beteiligt sich zudem am Digitalisierungsprojekt SCALED der Hochschule Arnhem/Nijmegen und der Hochschule Rhein-Waal. Inhaltlich geht es dabei um die Entwicklung von Modellen für autonomes Fahren und Rangieren auf Betriebsgeländen. Hintergrund sind neben steigenden Kosten vor allem der Fachkräftemangel und das daraus resultierende Fehlen qualifizierter Fahrer und Fahrerinnen.

DeltaPort wirkt seit Oktober 2021 am EU-geförderten Projekt „MAGPIE“ (sMArt Green Ports as Integrated Efficient multimodal hubs) mit. Am Projekt beteiligt sind neben dem „Port of Rotterdam“ als Projektleader, die Hafengemeinschaft HAROPA (Le Havre, Rouen und Paris) in Frankreich und der „Port of Sines“ in Portugal sowie weitere 45 europäische Partner. DeltaPort hat im Projekt die Aufgabe, ein logistisches Modell für nachhaltige synchromodale Netzwerke im Hinterland von Häfen zu entwickeln, um damit Lösungen zur Stärkung von Hinterlandkorridoren aufzuzeigen.

Es finden ferner regelmäßig Gespräche mit potentiellen Ansiedlern und Investoren sowie ein reger Austausch mit bereits angesiedelten Unternehmen statt.

DeltaPort misst im Rahmen der Nachhaltigkeitsprojekte dem Thema „Wasserstoff“ eine hohe Bedeutung bei. Insbesondere soll eine Wasserstoffproduktion sowie die dafür notwendige Infrastruktur an den Hafenstandorten in Wesel und Voerde in Betracht gezogen werden, um wasserstoffbetriebene Fahrzeuge (Schiff, Bahn, LKW, Flurförderzeuge) mit dem alternativen Kraftstoff zu versorgen. DeltaPort initiierte in diesem Rahmen eine eigene Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen „EcoPort 813 – H2UB DeltaPort“, die sich intensiv mit Fragen zum Thema Wasserstoff beschäftigt.

In Folge dieser Zusammenarbeit wurde die im Jahr 2021 ins Leben gerufene ARGE im Jahr 2022 in den Verein „EcoPort 813 -Förderverein Wasserstoff und nachhaltige Energie e.V.“ überführt, der zum 01.01.2023 seine Vereinstätigkeit aufnahm. Ziel des Fördervereins ist die Abbildung der vollständigen Wertschöpfungskette in Bezug auf die Nutzung von grünem Wasserstoff, angefangen bei der Generierung und dem Bezug der Rohstoffe über den Herstellungsprozess bis hin zum Transport, der Schaffung der notwendigen Infrastruktur und der Abgabe an den Kunden. Der Förderverein hat inzwischen 22 Mitglieder. Mit weiteren Interessenten werden Gespräche über einen möglichen Vereinsbeitritt geführt.

Darüber hinaus ist die Hafengesellschaft bestrebt, die Standortfaktoren an den Betriebsstätten zu verbessern. Hierzu werden entsprechende Themen aufgegriffen und bearbeitet (z. B. Breitbandversorgung, E-Mobilität, Angebot Schiffsausrüster, Landstrom uvm.). In 2023 erfolgten Beschlüsse zur Errichtung von Landstromanlagen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel und im Stadthafen Wesel. Das Projekt befindet sich in der Umsetzung.

Ein gravierendes Ereignis des Jahres 2023 war das Unwetterereignis am 22.06.2023 und 23.06.2023, bei dem die Emscherböschung und ein Brückenbauwerk im Stadtgebiet Dinslaken schwer beschädigt wurden. Über das Brückenbauwerk verlief die Eisenbahnzuführungsstrecke zum Hafen Emmelsum und zu den Anschlüssen an die Kreisbahn außerhalb des Hafengebietes sowie zum Gewerbegebiet Hünxe-Bucholtswelmen. Das Brückenbauwerk sackte ab und musste anschließend abgerissen werden. Die Strecke ist seitdem gesperrt, wodurch ein Bahntransport über den Hafen Emmelsum derzeit nicht möglich ist. Infolgedessen sind die Umschlagmengen

der im Hafen Emmelsum angesiedelten Unternehmen deutlich zurückgegangen. Seit dem Unwetterereignis gibt es eine enge und regelmäßige Abstimmung zwischen der DB Netz AG, dem Verkehrsministerium sowie den übrigen Beteiligten und DeltaPort mit dem Ziel, die Brücke schnellstmöglich wiederaufzubauen. Die Planung hierzu ist bereits weit fortgeschritten und eine Wiedereröffnung der Bahnstrecke im 4. Quartal 2024 avisiert.

In der Betriebsstätte Hafen Emmelsum wird es im Jahr 2024 eine Hauptaufgabe sein, das Projekt Erweiterung Hafen Emmelsum „Logistikzone“ weiterzuentwickeln, um zusätzliche Ansiedlungsflächen zu schaffen. Das Regionalplanänderungsverfahren konnte im Jahr 2017 erfolgreich abgeschlossen werden. Der Planfeststellungsbeschluss wurde im IV. Quartal 2019 erteilt und ist inzwischen rechtskräftig. Anfang 2021 konnte der finale Förderantrag eingereicht werden. Nach umfangreichen Abstimmungen mit der Förderbehörde wurde im Dezember 2021 ein aktualisierter Förderantrag eingereicht. Zum 01.04.2022 wurde der vorzeitige Maßnahmenbeginn durch die Bezirksregierung zugelassen. Im Juli 2022 haben die Bauarbeiten begonnen. Mit Bescheid vom 23.12.2022 wurden der Hafengesellschaft Fördermittel in Höhe von rd. 8,1 Mio. Euro bewilligt. Die Bauarbeiten wurden im Jahr 2023 fortgeführt und liegen im Bauzeitplan.

Im Jahr 2021 konnte mit der Firma Contargo Einigung über die Erweiterung des bestehenden Terminals im Hafen Emmelsum erzielt werden. Der Abschluss eines erbbaurechtlichen Vertrages erfolgte im Jahr 2022. Contargo plant die Verlängerung der Kaianlage durch Errichtung einer Spundwand in eigener Regie vorzunehmen, um dem prognostizierten wieder steigenden Containerverkehr durch die Inbetriebnahme einer zweiten Containerbrücke begegnen zu können und um Störungen der Umschlagaktivitäten durch Redundanz vorzubeugen. Die wasserbaulichen Arbeiten haben inzwischen begonnen und sind weit fortgeschritten. Abschließende Verankerungsarbeiten an der Spundwandverlängerung können aufgrund langanhaltender hoher Pegelstände erst in 2024 abgeschlossen werden.

Über die Fläche „Wardweide“ fand im Jahr 2021 ein Vergabeverfahren statt. Um die Fläche trotz unvorteilhaftem Geländezuschnitt vermarkten zu können, wurde diese in zwei Bereiche (Lose) geteilt und dadurch optimiert. Über Los 2 konnte mit der Fa. BEOS ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen werden. Die Firma errichtet einen Logistik-, Lager- und Distributions-Betrieb für den Ankerkunden REWE. Über Los 1 finden Gespräche mit dem Unternehmen Jerich statt, welches auf dieser Teilfläche der Wardweide einen Logistik- und Lagerkomplex mit angegliedertem Railport zur Verknüpfung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn errichten möchte.

Im Rhein-Lippe-Hafen Wesel wurde der Bau einer Kaianlage am nördlichen Ufer (Baubschnitte 1 und 2) im Jahr 2021 abgeschlossen. Ferner wurde die Baureifmachung der übrigen nördlichen Gewerbe- und Industrieflächen abgeschlossen. Die Umsetzung der Baumaßnahme zur hochwassersicheren Auffüllung der nordwestlichen Fläche D wurde im Januar 2023 beendet. Die Verlegung der Erschließungsstraße nebst Ver- und Entsorgungsleitungen erfolgte bereits im Jahr 2022, um die Vermarktungsflächen zu optimieren. Der Bebauungsplan ist im Jahr 2019 rechtskräftig geworden. Im Jahr 2020 wurden Ausschreibungsverfahren zur Vermarktung der übrigen nördlichen freien Vermarktungsflächen durchgeführt. Im Zuge dessen konnte mit dem Ansiedler Nordfrost bereits im Mai 2020 eine umfassende Erweiterung der Erbbaurechtsverträge über die Bestandsfläche hinaus abgeschlossen werden. Des Weiteren konnte im Mai 2021 über eine Fläche von 15 ha ein Erbbaurechtsvertrag mit der Firma BEOS abgeschlossen

werden. BEOS hat die Fläche langfristig an das Unternehmen Rhenus vermietet, welches dort seit der offiziellen Eröffnung am 11.08.2023 ein hafenauffines Logistikzentrum betreibt.

Die Betriebsanlagen der Firma GS Recycling befinden sich weiterhin im Bau. Seit Abschluss des ersten Bauabschnitts im Jahr 2015 läuft die errichtete Kläranlage in der Erprobung. Im Geschäftsjahr 2023 wurde neben der Errichtung der Betriebsanlagen auch der Bau der Steigeranlage vorangetrieben. Hierzu hat das Unternehmen eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz erhalten. Die wasserrechtliche Genehmigung soll in Kürze erteilt werden. Daneben plant das Unternehmen, Fördermittel zu beantragen.

Im Stadthafen Wesel ist die Sanierung der Kaimauer und der Bahnanlagen durch die Stadtwerke Wesel GmbH abgeschlossen. Die Übergabe erfolgte zum 01.07.2016. Durch die Fertigstellung der Sanierung der Kai- und Gleisanlagen sind die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Umschlagaktivitäten der angesiedelten Firmen geschaffen worden.

Die von der Firma Hülskens Anfang 2015 in Betrieb genommene moderne Salzverladeanlage wird weiter stark frequentiert. Diese Entwicklung wurde aber durch einen warmen Winter und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Produktion der chemischen Industrie eingetrübt. Der Kies- und Sandumschlag bewegte sich im Geschäftsjahr 2023 zunächst auf sehr niedrigem Niveau und konnte sich dann etwas erholen. Zwar sieht der neue Regionalplan umfangreiche Erweiterungsflächen sowie Neuaufschlüsse für Kies- und Sandabbau in der hiesigen Region vor, allerdings ist noch nicht abzusehen, ob künftig abgebaute Mengen über den Stadthafen Wesel verladen werden. Durch die Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages hat die Firma HOMA ihre Geschäftstätigkeit im Stadthafen ausgedehnt und umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen eingeleitet. Im Zeitraum 2017 bis 2021 erfolgten Modernisierungen an den Betriebsanlagen sowie Arrondierungen der Erbbaurechtsfläche, um die Optimierung der Betriebsabläufe zu ermöglichen. Nach vorzeitiger Beendigung des Erbbaurechtsvertrages und dem Rückbau der Betriebsanlagen durch RWZ wurde das freiwerdende Areal im Jahr 2020 an Fa. Imgrund, ein regionales mittelständisches Logistikunternehmen verpachtet. Imgrund ist zudem in sämtliche laufende Verträge eingetreten, die die Hafengesellschaft zuvor mit der Fa. Rhenus Port Logistics abgeschlossen hatte.

Neben den vorgenannten Hauptaufgaben waren im Jahr 2023 auch die üblichen, im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Hafengesellschaft anfallenden vielfältigen Aufgaben zu bewerkstelligen.

Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 belaufen sich auf TEUR 4.703 (Vorjahr: TEUR 3.925). Davon entfallen TEUR 1.455 (Vorjahr: TEUR 526) auf Erbbauzinsen, TEUR 1.381 (Vorjahr: TEUR 1.289) auf Nutzungsentschädigungen, TEUR 32 (Vorjahr: TEUR 96) auf Erlöse Hafeneisenbahn, TEUR 1.619 (Vorjahr: TEUR 1.708) auf Hafententgelte und TEUR 76 (Vorjahr: TEUR 183) auf Grundstückserträge und Mieten.

Investitionen

Die Anlageninvestitionen belaufen sich auf TEUR 6.037 (Vorjahr: TEUR 8.846). Es handelt sich im Wesentlichen um Zugänge im Zusammenhang mit der Erweiterung des Hafens Emmelsum, der

Baureifmachung der nördlichen Flächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel sowie um die im Zuge der Baureifmachung der südlichen Flächen anfallenden Investitionskosten.

Personal- und Sozialbereich

Im Personal- und Sozialbereich haben sich im Geschäftsjahr 2023 geringfügige Veränderungen ergeben.

Die Hafengesellschaft beschäftigte zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres acht Mitarbeiter/innen in der Geschäftsstelle in Vollzeit sowie fünf Hafenmeister in Vollzeit an den drei Betriebsstätten. Darüber hinaus bildet die Hafengesellschaft eine Auszubildende für den Beruf der Kauffrau für Büromanagement aus, die ihre Ausbildung im August 2021 begann. Eine Mitarbeiterin, die bislang in Vollzeit beschäftigt war, wechselte in 2022 unterjährig in Teilzeit. Eine Mitarbeiterin beendete im September 2022 ihre Elternzeit und ist ebenfalls in Teilzeit tätig. Zudem beschäftigt das Unternehmen einen Mitarbeiter auf Minijobbasis.

Aufgrund der begonnenen und geplanten Entwicklungsprojekte der einzelnen Hafenstandorte und dem damit verbundenen Aufwandszuwachs sind im Jahr 2024 weitere Änderungen im Personalbereich möglich.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 57.476, davon entfallen auf das Anlagevermögen 50.676 TEUR und auf das Umlaufvermögen 6.681 TEUR. Die Erhöhung der Bilanzsumme ist insbesondere auf die zuvor beschriebenen Investitionen in das Sachanlagevermögen zurückzuführen.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 21.680. Zum 31. Dezember 2023 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 37,7 %.

Die geordnete wirtschaftliche Lage der Gesellschaft besteht auch im Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts unverändert fort.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 über die vorhandenen Bankguthaben sowie durch die Gewährung eines Liquiditätsdarlehens eines Gesellschafters jederzeit sichergestellt.

Die Kapitalstruktur ist durch Eigenkapital von TEUR 21.680, langfristiges Fremdkapital von TEUR 27.692 sowie kurzfristiges Fremdkapital von TEUR 8.103 geprägt.

Im Geschäftsjahr 2023 konnte die DeltaPort GmbH & Co. KG einen operativen Cashflow von TEUR 5.063 erzielen.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2023 beläuft sich auf TEUR 869.

Die Umsatzerlöse haben sich um TEUR 778 auf TEUR 4.703 erhöht. Den Umsatzerlösen stehen insbesondere der Personalaufwand von TEUR 1.306, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 1.285 (Rechts- und Beratungskosten, Bahninfrastruktur, Mieten, Gebühren, Reparaturen etc.) sowie Zinsaufwendungen von TEUR 692 gegenüber.

Risikobericht und Prognose

Risikobericht sowie Chancen- und Prognosebericht

Im Jahr 2009 wurde für die Vorgängergesellschaft ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Das Risikofrüherkennungssystem wird bedarfsmäßig in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und grundlegend überarbeitet, um die Aussagekraft des Berichtes zu erhöhen. Die Ergebnisse fließen in die nachstehende Darstellung der Chancen und Risiken im Rahmen des Risikoberichtes durch die Geschäftsführung mit ein.

Eine Überarbeitung erfolgte nach Einbringung der Häfen Emmelsum und Stadthafen Wesel sowie der Grundstücke der Stadt Wesel Ende 2013. Zum 31.12.2023 erfolgte eine Aktualisierung des Risikoberichtes.

Risikobericht

Unternehmensstruktur

Ein möglicher Verlust der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DeltaPort GmbH & Co. KG wird als relativ niedrig eingestuft. Das Beteiligungscontrolling der Gesellschafterkommunen Kreis Wesel, Stadt Wesel und Stadt Voerde sowie des Gesellschafters Fa. Hülskens beobachtet die Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG kontinuierlich. Aufwendungen in größerem Rahmen entstanden im Jahr 2013 durch die Neugründung der Hafengesellschaft. Weiterhin werden in den drei Hafengebieten seit 2014/2015 größere Investitionen für die Herstellung der Erweiterungsfläche Emmelsum und in die Baureifmachung der vermarktbaren Flächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel getätigt. Der Bau einer Kaianlage am Nordufer des Rhein-Lippe-Hafens Wesel (Bauabschnitte 1 und 2) wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Darüber hinaus erfolgte die Übernahme der Finanzierungsverpflichtungen nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an den Kai- und Bahnanlagen im Stadthafen Wesel. Der Eintritt eines Schadens der Gesellschaft aufgrund genannter Investitionen wird als möglich eingestuft. Ohne Investitionen könnten die Flächen jedoch nicht der Vermarktung zugeführt bzw. nicht weiter genutzt werden. Die Generierung von Fördermitteln und die Realisierung möglichst günstiger Finanzierungsmodelle wird angestrebt und aktiv verfolgt. Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird aufgrund der vorliegenden rechtlichen Gestaltung als hoch angesehen.

Organisation

Auch Organisationsrisiken werden aufgrund einer guten Aufbau- und Ablauforganisation, funktionierender interner Kontrollen im Team, der Tätigkeit der Überwachungsorgane sowie Berichterstattungen ggü. den Gremien und Gesellschaftern für unwahrscheinlich und in ihrer Höhe für niedrig gehalten. Daneben finden regelmäßig Prüfungen durch Dritte im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation statt (Jahresabschlussprüfung). Die Möglichkeit der Risikobeeinflussung wird als hoch angesehen.

Infrastruktur

Als mögliche Risiken mit hohem Schadenpotential im Zusammenhang mit der Infrastruktur werden die Ausübung von Heimfallansprüchen durch den Hafen bei Beendigung bestehender Erbbaurechte oder durch Zeitablauf, Verkehrssicherungspflichten für den Hafen, Verletzung der Brandschutzbestimmungen oder die Verletzung des Gewässerschutzes gesehen. Diese Risiken sind grundsätzlich durch Verlagerung auf Dritte (z. B. Hafennutzer, Ansiedler, Versicherungen), durch vertragliche Vereinbarungen und die Versicherung verbleibender Risiken beeinflussbar und deren Eintrittswahrscheinlichkeit begrenzt.

Gleichwohl besteht ein mögliches Risiko aus der Auseinandersetzung mit der Firma Birkhoff, die Schadenersatzansprüche aus der eingeschränkten Nutzbarkeit ihrer Umschlaganlagen während der Sanierungsphase der Kaimauer im Stadthafen geltend macht.

In Bezug auf den Rückbau von Anlagen der Firma RWZ konnte die DeltaPort GmbH & Co. KG erreichen, dass die Firma RWZ ihre Betriebsanlagen auf eigene Kosten zurückbaut und die Fläche zur erneuten Vermarktung freigibt. Hierdurch ist ein größerer Risikobereich mit hohem Schadenpotential befriedet worden. Im Zuge der Flächenarrondierung im Stadthafen wurden entsprechende Rückbauverpflichtungen berücksichtigt, so dass hier ein potenzielles Schadenrisiko minimiert werden konnte. Im Zuge der Neuvermarktung der ehemaligen RWZ-Fläche sowie der anderen Vermarktungsflächen in den Häfen wurde dies ebenfalls berücksichtigt.

Beschaffung

Aufgrund einer guten Beschaffungsorganisation werden die Risiken als gering und unwahrscheinlich eingestuft. Durch Verlagerung von Risiken auf Lieferanten bestehen sehr große Chancen, die Risiken zu minimieren.

Vertrieb

Vertriebsrisiken werden in Investitionen gesehen, die unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich wünschenswerten Ansiedlung von weiteren Hafennutzern getätigt werden, die dann jedoch aufgrund möglicher Änderungen im Nachfrageverhalten nicht im geplanten Maße ausgelastet werden. Dabei könnten die Schäden eine erhebliche Höhe erreichen. Außerdem können Risiken durch Wegfall und/oder mangelnder Bonität von Hafennutzern eintreten. Der Eintritt eines solchen Falles wird für möglich gehalten. Es bestehen zwar durch genaue Marktbeobachtung, Planungsrechnungen und Einschaltung externer Experten und die entsprechende Ausgestaltung von Verträgen mit ansässigen und potenziellen Ansiedlern Möglichkeiten der Risikobeeinflussung, letztendlich lassen Bedarfsänderungen sowie tiefgreifende wirtschaftliche Entwicklungen (Wirt-

schaftskrisen) und andere wesentliche Einwirkungen von außen (Coronapandemie, Ukraine-krieg) sowie die Änderung der Geschäftsstrategien von angesiedelten Unternehmen und potenziellen Kunden sich aber nicht beeinflussen. Im Übrigen müssen zur Ansiedlung meist „Vorleistungen“ erbracht werden, deren Nutzen erst im längerfristigen Geschäftsverlauf ersichtlich wird, so dass ein erhebliches wirtschaftliches Risiko verbleibt.

Umwelt

Die Umweltrisiken sind teilweise bereits in anderen Risikobereichen aufgeführt und bewertet (Infrastruktur, Recht, Versicherungen). Obwohl das Schadenpotential bei Umweltrisiken hoch sein kann, wird die Wahrscheinlichkeit für einen Eintritt als gering eingestuft. Der Eintritt eines Schadens durch den Betrieb der angesiedelten Firmen wird als möglich eingestuft. Die Risikoabsicherung wurde vertraglich auf die Unternehmen abgewälzt. Weiterhin besteht die Möglichkeit von Änderungen im Umweltrecht, die ggf. den Vertrieb beeinflussen. Der Eintritt dieser Risiken, mit gegebenenfalls hohem Schadenpotential, wird als möglich eingestuft. Eine Risikobeeinflussung ist nur in geringem Umfang möglich.

Recht

Trotz sorgfältiger Kenntnis von Rechtsvorschriften können durch neue Rechtsgrundlagen, Gesetzesänderungen und Rechtsfolgen aus Grundsatzurteilen in der Rechtsprechung, insbesondere im Bereich des Steuerrechts und der Hafensicherheit, erhebliche nicht vorhersehbare Risiken für den Hafen oder die Hafennutzer und Ansiedler entstehen. Daneben kann auch die Einführung neuer sowie die Erweiterung umweltrechtlicher Vorschriften ein erhebliches Risiko darstellen. Die Geschäftsführung versucht diese Risiken durch regelmäßige Einholung von Informationen und ggf. durch die Inanspruchnahme von externen Fachleuten zu verringern.

Personal

Risiken im Bereich des Personals werden als gering eingestuft. Das Personal der DeltaPort GmbH & Co. KG kann je nach Geschäftsverlauf kurzfristig aufgestockt werden.

Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage

Aufgrund der guten Planungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragsituation der Hafengesellschaft werden hier relativ geringe Risiken gesehen.

Versicherungen

In der Vergangenheit sind nur kleinere Schäden, die durch die Versicherung reguliert wurden, entstanden. Grundsätzlich sind zwar hohe Schäden möglich, aber dafür besteht nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, wobei eine hohe Chance der Risikobeeinflussung gegeben ist.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2023 wurde für die gemeinsame Hafengesellschaft mit den drei Standorten Rhein-Lippe-Hafen, Hafen Emmelsum und Stadthafen Wesel aufgestellt.

Nach diesem Wirtschaftsplan wurde ein positives Jahresergebnis von 452 TEUR erwartet. Der prognostizierte Gewinn hatte seine Ursache unter anderem in geplanten Umsatzsteigerungen durch Absatz von Vermarktungsflächen sowie der Entwicklung bereits erfolgter Ansiedlungen.

Der im Geschäftsjahr 2023 gegenüber der Wirtschaftsplanung erwirtschaftete Jahresüberschuss von 869 TEUR ist im Wesentlichen auf die deutlich verbesserte Ertragslage mit einer positiven Entwicklung der Umsatzerlöse durch erfolgte Ansiedlungen zurückzuführen.

Seit Abschluss der Sanierung der Kaimauer im Stadthafen zum 01.07.2016 liegen gute Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Umschlagmengen und eine damit verbundene Verbesserung der Erlössituation im Stadthafen vor. Die Vermarktungsaktivitäten wurden dahingehend intensiviert, um eine positive Entwicklung einzuleiten. In diesem Zusammenhang ist dies durch Entflechtung der bestehenden vertraglichen Situation in Teilbereichen sowie einer Optimierung der Flächenstruktur erreicht worden, so dass eine optimale Vermarktung und die Hebung der Ertragspotentiale der Bereiche ermöglicht wurden. In diesem Zusammenhang erfolgte im Jahr 2020 der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages über die ehemalige RWZ-Fläche mit dem Logistikunternehmen Imgrund. Imgrund ist in diesem Zusammenhang auch in zu diesem Zeitpunkt bestehende Verträge der Firma Rhenus eingetreten. Es handelt sich dabei um weitere Erbbaurechtsverträge sowie um den Kaiflächenkonzessionsvertrag. Daneben ist das Umschlaggeschäft angelaufen. In diesem Zusammenhang konnte Imgrund bereits verschiedene Umschlagmengen dauerhaft generieren. Imgrund plant, den Stadthafen mit einem abgestimmten Logistikkonzept zu nutzen und die betrieblichen Aktivitäten sukzessive zu erweitern. Das Unternehmen betreibt ein Baugenehmigungsverfahren zur Errichtung von Betriebsanlagen. Die Baugenehmigung wird in 2024 erwartet. Die Firma HOMA hat durch Übernahme eines bestehenden Erbbaurechtsvertrages der Firma UFOK ihre Geschäftstätigkeit im Stadthafen ausgedehnt. Durch die Modernisierung der Verladeanlagen und Vergrößerung der Umschlagkapazitäten sollen die Umschlagaktivitäten gesteigert werden. Die Umbaumaßnahmen wurden im Jahr 2017 abgeschlossen. In den Jahren 2018/2019 erfolgte die Optimierung des Betriebsstandortes durch geringfügige Anpassung des Erbbaurechtsvertrages.

Weiterhin beeinflussen Aufwendungen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der vermarktbareren Flächen der DeltaPort GmbH & Co. KG, insbesondere die Baureifmachung der südlichen Flächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel sowie das Projekt Erweiterung Hafen Emmelsum, maßgeblich den Geschäftsverlauf in den kommenden Geschäftsjahren, da sowohl für die Herstellung der Erweiterungsflächen im Hafen Emmelsum als auch für die Baureifmachung der Vermarktungsflächen im südlichen Bereich des Rhein-Lippe-Hafens weitere wesentliche Investitionen zu tätigen sind. Im Jahr 2019 konnte ein Ansiedlungsvertrag mit dem Tiefkühl-Logistikunternehmen Nordfrost abgeschlossen werden. Im Jahr 2020 konnte mit dem Unternehmen ein neuer Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen werden, der die bereits gepachtete Fläche von rd. 5 ha auf rd. 10 ha vergrößert. Daneben hat Nordfrost die Fläche D bis zum 31.12.2025 als Optionsfläche zur Erweiterung seines Betriebsbereiches reserviert. Die Übergabe der zusätzlichen Erbbauflächen erfolgte zum 01.09.2022. Das Unternehmen hat bereits den Ausbau des Standortes begonnen und Anfang des Jahres 2024 bei der Baumaßnahme zur Errichtung des ersten Kühlhauses Richtfest gefeiert. Das Unternehmen wird den Standortausbau auch im Jahr 2024 intensiv vorantreiben. In diesem Zusammenhang werden bereits seit 2021 Umschläge mit einem mobilen Hafenkran über die fertig gestellte Kaianlage abgewickelt. Des Weiteren erfolgte die Aufschüttung der nordwestlichen Fläche D auf hochwassersicheres Niveau, die Anfang 2023 abgeschlossen wurde. Um die nördlichen Vermarktungsflächen im Rhein-Lippe-Hafen Wesel zu optimieren, erfolgte zudem die Verlegung der vorhandenen Erschließungsstraße

nebst Ent- und Versorgungsleitungen sowie eines Stauraumkanals. Diese Maßnahmen wurden im Jahr 2022 erfolgreich abgeschlossen.

Im Rahmen eines Vergabeverfahrens zur Vermarktung der übrigen nördlichen Ansiedlungsflächen (15 ha) konnte ein Erbbaurechtsvertrag mit dem Unternehmen BEOS abgeschlossen werden. BEOS hat das Areal langfristig an das Unternehmen Rhenus vermietet, das an dem Standort nun ein hafenaaffines Logistikzentrum betreibt. Die Errichtung der Logistikimmobilie wurde im Jahr 2022 begonnen und wurde 2023 abgeschlossen. Die Inbetriebnahme erfolgte im 3. Quartal 2023. Rhenus konnte bereits mit namhaften Unternehmen Kooperationsverträge abschließen.

Hinsichtlich der Baureifmachung der südlichen Flächen im Rhein-Lippe-Hafen wurde das erforderliche Bauleitplanverfahren angestoßen und die Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen intensiviert. Zwischenzeitlich erfolgte die erste Offenlegung des Bebauungsplanes. Im Vorfeld notwendige Ausgleichsmaßnahmen wurden ebenfalls umgesetzt. Daneben begann im Jahr 2022 auch der Rückbau der verbliebenen Restfundamente und Anlagen auf der ehemaligen Erbbaufäche der BP. Die Rückbaumaßnahmen konnten Anfang 2024 abgeschlossen werden. Die Baureifmachung wird auch im Jahr 2024 fortgeführt. Ziel ist es, das Bauleitplanverfahren 2024 abzuschließen. Parallel werden die Planungen für die Aufschüttung der Südfläche konkretisiert.

Mit der Firma Hegmann wurde 2014 ein Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Schwergutterinals abgeschlossen. Die Betriebsanlagen wurden zwischenzeitlich errichtet und um ein Schwergutterterminal erweitert. Darüber hinaus sind die Bauarbeiten zur Errichtung der Betriebsanlagen von GS-Recycling weit fortgeschritten. Im Jahr 2024 soll insbesondere der Bau der Rohrleitungstrasse sowie des Anlegesteigers weiter vorangetrieben werden. Hierzu hat GS-Recycling eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erhalten. Daneben ist die wasserrechtliche Genehmigung für den Bau der Steigeranlage avisiert. Das Unternehmen plant zudem, Fördermittel zu generieren.

Die Arbeiten zur Reaktivierung des Containerterminals der Firma Contargo auf der Westseite des Hafens Emmelsum wurden Anfang 2017 abgeschlossen. Im April 2017 hat dort das derzeit modernste Terminal des kombinierten Verkehrs an der Rheinschiene den operativen Betrieb aufgenommen. Seitdem wurden, kurzzeitig unterbrochen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 sowie der Kleinwasserphase Mitte 2022, stetig steigende Umschlagzahlen registriert, weshalb es hier im Jahr 2021 zu einer Ausschreibung über die Erweiterung des Containerterminals gekommen ist. Contargo hat als einziger Interessent am Verfahren teilgenommen und im Rahmen der Verhandlungen die Grundlage zum Abschluss eines erbbaurechtlichen Vertrages im Jahr 2022 geschaffen. Während die Investition durch Contargo erfolgt, übernimmt DeltaPort die technische Planung und begleitet das Unternehmen in enger Abstimmung. Im Jahr 2023 haben die wasserbaulichen Arbeiten an der erforderlichen Spundwandverlängerung begonnen. Diese stehen kurz vor dem Abschluss und sollen, sobald die Pegelstände des Rheins sinken, Anfang 2024 abgeschlossen werden. Contargo betreibt zudem ein Förderverfahren, welches möglichst im Jahr 2024 abgeschlossen wird, um anschließend mit den landseitigen Ausbauarbeiten beginnen zu können.

Die Vermarktung der Wardweide gestaltete sich aufgrund des Flächenzuschnitts in der Vergangenheit als schwierig, so dass es in den Vorjahren zu keinem Vertragsabschluss kam. Nach einem Vergabeverfahren konnte die Fläche 2021 in großen Teilen an das Unternehmen BEOS abgesetzt werden, welches dort einen Logistik-, Lager- und Distributions-Betrieb für den Kunden REWE etablierte. Mit der Errichtung der Betriebsanlagen wurde im Jahr 2022 begonnen. Die Inbetriebnahme erfolgte im Jahr 2023. Darüber hinaus ist angedacht, die Gespräche über die Vermarktung der restlichen Fläche der Wardweide im Jahr 2024 fortzuführen.

Mit den Projekten DeltaPort 4.0, LOG4NRW/SPaCiH, MAGPIE, SCALED sowie Häfen NRW 4.0 werden Möglichkeiten geschaffen, das Segment Binnenschiff und den RailPort-Gedanken zu stärken und auszubauen sowie den Binnenhafen als Logistikstandort nachhaltig und zukunftssicher zu gestalten.

Die Arbeitsgemeinschaft zum Projekt „EcoPort813 – H2UB DeltaPort“ wurde im IV. Quartal 2022 in einen Förderverein umgewandelt, um die Arbeit zu Wasserstoffthemen zukünftig weiter zu professionalisieren. Ziel des Fördervereins ist die Abbildung der vollständigen Wertschöpfungskette in Bezug auf die Erzeugung und Vermarktung von grünem Wasserstoff. Der Verein hat seine operative Tätigkeit am 01.01.2023 begonnen. Derzeit läuft ein Ausschreibungsverfahren zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie. Die Machbarkeitsstudie soll noch im Jahr 2024 abgeschlossen werden und aufzeigen, wie das Projekt konkret in die Realisierung überführt werden kann.

Daneben soll die gemeinsame Hafengesellschaft eine optimale Entwicklung der Hafenstandorte gewährleisten und durch den Ausbau der Häfen sowie die Vermarktung der Gewerbe- und Industrieflächen einen positiven Geschäftsverlauf sicherstellen.

Die Hafengesellschaft DeltaPort verzeichnete im Jahr 2023 insbesondere wegen der Auswirkungen des Ukraine Konflikts (Energiepreisanstieg, Inflation, Konsumschwäche) einen Umschlagrückgang um 30 % auf rd. 2,5 Mio. Tonnen gegenüber dem Rekordumschlag im Jahr 2021 mit einem wasser- und bahnseitigen Umschlag von über 4 Mio. Tonnen und einem Vorjahresumschlag von rd. 3,5 Mio. Tonnen. Ein weiterer Hauptfaktor für den Mengenverlust war das Unwetterereignis im Juni 2023, bei dem die Eisenbahnbrücke über der Emscher, über die die Bahnzuführungsstrecke zum Hafen Emmelsum führt, irreparabel beschädigt wurde. Seitdem ist die Strecke gesperrt und Bahnumschläge im Hafen Emmelsum nicht mehr möglich. DeltaPort konnte aufgrund des positiven Flächenabsatzes und der Vertragsstruktur mit überwiegend fixen Entgelten trotzdem einen positiven Geschäftsverlauf realisieren. Auch wenn die Aktivitäten der Hafengesellschaft darauf ausgerichtet sind, die positive Entwicklung der DeltaPort GmbH & Co. KG voranzubringen, können sich äußere Einflüsse wie z. B. Kleinwasserphasen oder Umweltereignisse auf die Logistikbranche sowie den Warentransport und damit auch auf die Geschäftsentwicklung der Hafengesellschaft auswirken. Die Hafengesellschaft kann des Weiteren mögliche Effekte auf den Geschäftsbetrieb, die sich aus dem fortdauernden Ukraine Konflikt, der schwachen Gesamtwirtschaftsentwicklung in Deutschland mit einer zeitweisen Rezession oder einer anhaltenden Konsumflaute nicht oder nur geringfügig beeinflussen. DeltaPort hat in diesem Zusammenhang interne Maßnahmen zur strikten Kostenkontrolle eingeführt und die Betriebsabläufe optimiert, um einen fortlaufenden Geschäftsbetrieb zu gewährleisten. Diese Maßnahmen werden auch im Jahr 2024 fortgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die DeltaPort GmbH & Co. KG aufgrund der Sperrung der Bahnzuführungsstrecke zum Hafen Emmelsum bis voraussichtlich Ende 2024 sich auf Vorjahresniveau bewegende Umschlagmengen. Des Weiteren rechnet die DeltaPort GmbH & Co. KG mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von ca. TEUR 66 nach Steuern.

Die DeltaPort GmbH & Co. KG hat die ihr übertragene öffentliche Zwecksetzung erfüllt.

Organe und deren Zusammensetzung

Mitglieder des Aufsichtsrats

Vorsitzender			
Kück, Hubert	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Lehrer	4.800,00 €
vom Kreis Wesel entsandt			
Borkes, Karl	Kreis Wesel	Kreiskämmerer	1.200,00 €
Reuther, Bernd	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Sachkundiger Bürger	960,00 €
Abram, Marcus	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Dipl.-Bauingenieur	1.200,00 €
Dr. Paic, Peter	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Leiter Kundenmanagement IT	720,00 €
Paulik, Axel	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	prakt. Betriebswirt (KA)	480,00 €
Drüten, Gerd	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Hauptamtl. VHS Leiter	960,00 €
Franken, Heinz-Gerd	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Rentner	1.200,00 €
Mölleken, Bert	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Rechtsanwalt	1.142,40 €
Nabbefeld, Michael	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Krankenkassenbetriebswirt	1.200,00 €
von der Stadt Wesel entsandt			
Dr. Postulka, Markus	Stadt Wesel	Beigeordneter	1.200,00 €
Radtke, Jutta	Ratsmitglied Stadt Wesel	Naturtrainerin	1.200,00 €
Appels, Birgit	Ratsmitglied Stadt Wesel	Vorstandssprecherin	720,00 €
Giesen, Dirk	Ratsmitglied Stadt Wesel	Rechtsanwalt	240,00 €
Hovest, Ludger	Ratsmitglied Stadt Wesel	Rentner	2.142,00 €
Trittmacher, Helmut	Ratsmitglied Stadt Wesel	Städtischer Oberverwaltungsrat	720,00 €
von der Stadt Voerde entsandt			
Johann, Nicole	Stadt Voerde	1. Beigeordnete	1.200,00 €
Neßbach, Ulrich	Ratsmitglied Stadt Voerde	Pensionär	1.200,00 €
Langenfurth, Jan	Ratsmitglied Stadt Voerde	Bauingenieur	1.440,00 €
von der Hülskens GmbH & Co. KG entsandt			
Strunk, Christian	Hülskens Holding GmbH & Co. KG	Mitglied der Geschäftsführung	720,00 €

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Jeder Kommanditist entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist durch ihren Geschäftsführer vertreten.

Vorsitzender

Berger, Frank	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Sozialversicherungsfachan- gestellter	4.800,00 €
Stellvertreter: Bovenkerk, Udo	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Bauingenieur	0,00 €
vom Kreis Wesel entsandt			
Brohl, Ingo		Landrat Kreis Wesel	1.200,00 €
Stellvertreter: Borkes, Karl	Kreis Wesel	Kreiskämmerer	0,00 €
Trippe, Wilhelm	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Rentner	1.200,00 €
Stellvertreter: Cirener, Thomas	Kreistagsmitglied Kreis Wesel	Rechtsanwalt	0,00 €
von der Stadt Wesel entsandt			
Westkamp, Ulrike		Bürgermeisterin Stadt Wesel	720,00 €
Stellvertreter: Benien, Rainer		Beigeordneter Stadt Wesel	480,00 €
Linz, Jürgen	Ratsmitglied Stadt Wesel	Beamter	1.440,00 €
Stellvertreter: Brands, Reinhold	Ratsmitglied Stadt Wesel	Freiberuflicher Publizist	0,00 €
Hornemann, Ulla	Ratsmitglied Stadt Wesel	Pensionärin	1.200,00 €
Stellvertreter: Albrecht, Thorsten	Ratsmitglied der Stadt Wesel	Öffentlichkeitsarbeit	0,00 €
von der Stadt Voerde entsandt			
Haarmann, Dirk		Bürgermeister Stadt Voerde	1.440,00 €
Stellvertreter: Müser, Manfred		Fachbereichs- und Fach- dienstleiter	0,00 €
Schmitz, Stefan	Ratsmitglied der Stadt Voerde	Betriebswirt	1.200,00 €
Stellvertreter: Hickl, Ines	Ratsmitglied Stadt Voerde	Sachbearbeiterin	0,00 €
Hülser, Ingo	Ratsmitglied Stadt Voerde	Maschinenbautechniker	960,00 €
Stellvertreter: Kotzke, Nicolas	Ratsmitglied Stadt Voerde	Dipl. Verwaltungswirt	240,00 €
von der Hülskens GmbH & Co. KG entsandt			
Strunk, Christian	Hülskens Holding GmbH & Co. KG	Mitglied der Geschäftsfüh- rung	960,00 €

Die Vergütungen von Bürgermeisterin Ulrike Westkamp und Bürgermeister Dirk Haarmann werden an die jeweilige Kommune abgeführt.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung und die Vertretung der Gesellschaft werden durch die persönlich haftende Gesellschafterin, der DeltaPort VerwaltungsGmbH, wahrgenommen.

Stolte, Andreas	Dipl. Wirtsch.-Ing.	Bezüge Euro 160.000,00 Sonstige Bezüge Euro 15.611,52 Tantieme Euro 37.000,00
-----------------	---------------------	---

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 15,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.

3.4.1.3 DeltaPort VerwaltungsGmbH

Basisdaten

Anschrift	Moltkestr. 8, 46483 Wesel
Gründungsjahr	2012
Handelsregistereintragung:	HRB Nr. 24773 Amtsgericht Duisburg

Zweck der Beteiligung

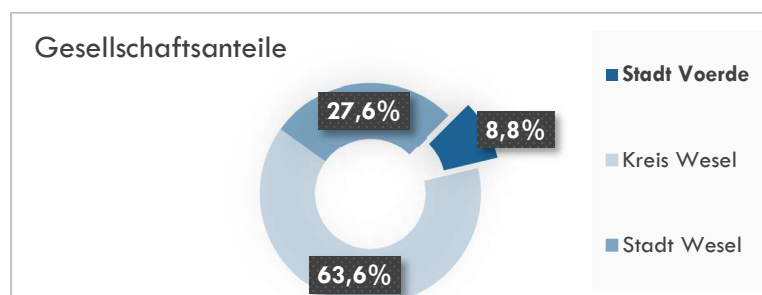
Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich auf die Übernahme der Funktion der persönlich haftenden Gesellschafterin und auf die Geschäftsführung bei der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel gerichtet. Eine operative Geschäftstätigkeit übt die Gesellschaft nicht aus.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich auf die Übernahme der Funktion der persönlich haftenden Gesellschafterin und auf die Geschäftsführung bei der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel gerichtet. Die DeltaPort Verwaltungs GmbH hat die ihr übertragene öffentliche Zwecksetzung erfüllt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 8,8 % der Anteile an der DeltaPort VerwaltungsGmbH. 63,6 % der Anteile werden vom Kreis Wesel gehalten. Die restlichen 27,6 % hält die Stadt Wesel.



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich auf die Übernahme der Funktion der persönlich haftenden Gesellschafterin und auf die Geschäftsführung bei der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel gerichtet. Eine operative Geschäftstätigkeit übt die Gesellschaft nicht aus.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	0	0	+0	A. Eigenkapital	25,0	25,0	+0,0
B. Umlaufvermögen	28,3	27,4	+0,9	B. zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,5	0,0	+0,5
C. Rechnungsabgrenzung	0	0	+0	C. Rückstellungen	2,5	2,3	+0,2
D. Aktive latente Steuern	0	0	+0	D. Verbindlichkeiten	0,3	0,1	+0,2
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	+0	E. Rechnungsabgrenzung	0	0	+0
Bilanzsumme	28,3	27,4	+0,9	Bilanzsumme	28,3	27,4	+0,9

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1,3	1,3	+0,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	2,3	1,8	+0,5
5. Materialaufwand	0	0	+0
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	0	0	+0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	3,5	3,1	+0,4
Finanzergebnis	0	0	+0
Ergebnis vor Ertragssteuern	+0,0	+0,0	+0
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+0,0	+0,0	+0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	88,3	91,2	-2,9
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckungsgrad 2			
Verschuldungsgrad	13,2	9,6	3,6
Umsatzrentabilität	0,0	0,0	0,0

Personalbestand

Die Tätigkeit von Herrn Stolte wird im Rahmen seines Dienstverhältnisses bei der DeltaPort GmbH & Co. KG vergütet.

Geschäftsentwicklung

Ausgestattet ist die Gesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00, welches in voller Höhe eingezahlt ist. Sie hat im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresergebnis von EUR 0,00 erzielt. Dabei werden die laufenden Verwaltungsausgaben der Gesellschaft aus der Haftungsvergütung bestritten, die sie von der DeltaPort GmbH & Co. KG erhält.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die geordnete wirtschaftliche Lage der Gesellschaft besteht auch im Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts unverändert fort.

Die DeltaPort Verwaltungs GmbH hat die ihr übertragene öffentliche Zwecksetzung erfüllt.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf TEUR 28, davon entfallen auf Forderungen 8 TEUR und auf den Kassenbestand 20 TEUR. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich geändert.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 25. Zum 31. Dezember 2023 beträgt die Eigenkapitalquote nunmehr 88,3%.

Die geordnete wirtschaftliche Lage der Gesellschaft besteht auch im Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts unverändert fort.

Finanzlage

Die Kapitalstruktur ist durch Eigenkapital von TEUR 25 und sonstige Rückstellungen von TEUR 3 geprägt.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2023 beläuft sich auf TEUR 0.

Die Umsatzerlöse sind konstant bei TEUR 1 geblieben. Den Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von TEUR 2 stehen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 3 gegenüber.

Risikobericht und Prognose

Die Entwicklung der Gesellschaft ist ausschließlich abhängig vom Geschäftsverlauf der DeltaPort GmbH & Co. KG, Wesel. Insoweit wird auf den Lagebericht der Kommanditgesellschaft verwiesen. Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2023 prognostiziert.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Es besteht eine Personengleichheit zwischen der DeltaPort GmbH & Co. KG und der DeltaPort VerwaltungsGmbH.

Geschäftsführung

Andreas Stolte	Dipl. Wirtschaft.-Ing.
----------------	------------------------

Der Geschäftsführer erhält von der DeltaPort VerwaltungsGmbH keine Bezüge. Die Tätigkeit von Herrn Stolte wird im Rahmen seines Dienstverhältnisses bei der DeltaPort GmbH & Co. KG vergütet.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 15,00 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.



Basisdaten

Anschrift	Moltkestr. 4, 46535 Dinslaken
Gründungsjahr	1920
Handelsregistereintragung:	B 9632 Amtsgericht Duisburg

Zweck der Beteiligung

Die Wohnbau Dinslaken GmbH wurde im Jahre 1920 als „Siedlungsgesellschaft für den (damaligen) Kreis Dinslaken GmbH“ gegründet. Bis zur Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahre 1989 war die Gesellschaft als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Auch für die Zeit danach wurden wohnungspolitische und gemeinnützige Aufgaben im Bereich der Bau- und Wohnungswirtschaft im Unternehmensleitbild festgeschrieben. Dabei steht die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit qualitativvollen Lebensräumen, vom Wohnraum bis zum Quartier, im Fokus der Gesellschaft.

Sie errichtet, bewirtschaftet, verwaltet und betreut Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen und versteht sich zudem als Partner der beteiligten Kommunen im Bereich des Städtebaus, der Quartiersentwicklung und der Infrastruktur.

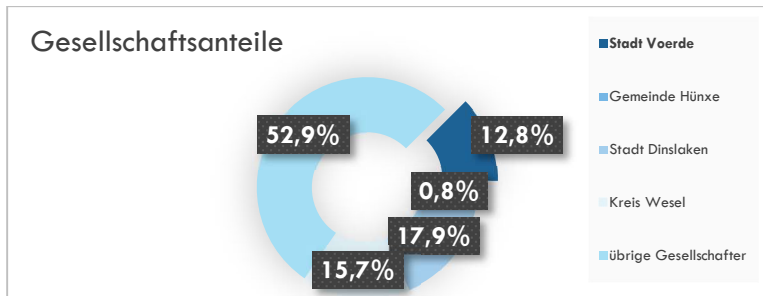
Der gesamte Bestand der Gesellschaft liegt in den Kommunalgrenzen von Dinslaken, Voerde, Hünxe und Duisburg-Walsum. Die Hauptverwaltung der Gesellschaft hat ihren Sitz in Dinslaken. Daher ist es ihr möglich, den Bestand kundenfreundlich und schnell zu bewirtschaften, da sich dieser in einem Umkreis von maximal 10 km von der Hauptverwaltung befindet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Siehe Punkt „Zweck der Beteiligung“

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde hält 12,75 % der Anteile an der Wohnbau Dinslaken GmbH. Die restlichen Anteile verteilen sich auf die Stadt Dinslaken (17,85%), den Kreis Wesel (15,73%), die Gemeinde Hünxe (0,76%), die Vivawest Wohnen GmbH (46,45%), die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe (3,91%) und der Provinzial Rheinland Versicherung AG (2,55%).



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von 9.974.799,30 € ab.

Die Ausschüttung einer Dividende von 9.260.000,00 € auszuschütten wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

714.799,30 € werden als Gewinnvortrag eingestellt.

Dividende	2023
	EURO
Stand der Geschäftsanteile der Stadt Voerde	767.000
Dividende	1.180.650
./. Kapitalertragsteuer	295.162
./. Solidarzuschlag zur Kapitalertragsteuer	16.234
Nettodividende	869.254

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	124.903	122.951	+1.952	A. Eigenkapital	47.553	46.604	+949
B. Umlaufvermögen	22.232	20.850	+1.382	B. Rückstellungen	930	936	-6
C. Rechnungsabgrenzung	9	9	-0	C. Verbindlichkeiten	97.936	95.495	+2.441
D. Aktive latente Steuern	0	0	+0	D. Rechnungsabgrenzung	725	775	-50
E. Aktiver				E. Passive latente Steuern	0	0	+0
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	+0				
Bilanzsumme	147.145	143.810	+3.335	Bilanzsumme	147.145	143.810	+3.335

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	41.845	41.503	+342
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.360	-401	+1.761
3. andere aktivierte Eigenleistungen	122	120	+2
4. sonstige betriebliche Erträge	1.197	1.237	-40
5. Materialaufwand	22.207	21.120	+1.087
6. Personalaufwand	3.323	3.218	+105
7. Abschreibungen	4.679	4.662	+17
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.026	949	+77
Finanzergebnis	-728	-836	+108
Ergebnis vor Ertragssteuern	+11.250	+10.372	+878
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+9.975	+9.304	+671

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32,3	32,4	-0,1
Eigenkapitalrentabilität	21,0	20,0	1,0
Anlagendeckungsgrad 2	102,4	102,7	-0,3
Verschuldungsgrad	209,4	208,6	0,9
Umsatzrentabilität	23,8	22,4	1,4

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 beschäftigte die Gesellschaft zusammen mit der Geschäftsführung 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 44). Zusätzlich wurden zu diesem Zeitpunkt fünf junge Menschen zur Immobilienkauffrau bzw. zum Immobilienkaufmann ausgebildet und eine Person geringfügig beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft kämpft im Jahr 2023 weiter mit den Folgen der globalen Krisen. Durch das krisengeprägte Umfeld kam die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zum Stocken. Die Inflation ließ zwar im Laufe des Jahres nach, aber trotz Anstieg der Lohneinkommen sind die Einkommen und der private Konsum in Deutschland über längere Zeit zurückgegangen. Durch die Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank erfuhr der deutsche Immobilienmarkt zudem einen deutlichen Einbruch.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung 0,1 %. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft erzeugte wie im Vorjahr auch im Jahr 2023 10 % der gesamten Bruttowertschöpfung und unterliegt weiterhin geringen Schwankungen. Der Wohnungsbau wurde aufgrund gestiegener Bauzinsen und der hohen Baukosten weiter gebremst. Verschlechterte Finanzierungsbedingungen sowie abrupte Förderstopps und Unklarheit bezüglich der gültigen Förderkonditionen sorgen für einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen 2023 um 2,8 %. Die Baufertigstellung mit -14 % zum Vorjahr zeigt den Einbruch im Wohnungsbau deutlich und umfasst nur ca. 255.000 Wohneinheiten entgegen der Zielsetzung der Bundesregierung von rund 400.000 Wohnungen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen unbeeindruckt. Trotz Energiekrise und der hohen Inflation stieg die Erwerbstätigkeit auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2023 wurde die Wirtschaftsleistung von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Der Beschäftigungszuwachs von 0,7 % resultiert unter anderem aus der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung. Aufgrund der schwachen Konjunktur stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr im Bundesdurchschnitt um 0,4 % auf 5,7 %.

Der Kreis Wesel liegt mit einer Arbeitslosenquote von 6,9 % im Dezember 2023 (Vorjahr 6,3 %) 1,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Im Gebiet der Stadt Duisburg weicht die Arbeitslosenquote allerdings sehr deutlich mit 12,5 % von dem deutschen Durchschnitt ab.

Geschäftsergebnis

Die positive Geschäftsentwicklung der Wohnbau Dinslaken GmbH hat sich im Berichtsjahr 2023 fortgesetzt. Zum 31. Dezember 2023 verbesserte sich der Jahresüberschuss um 0,7 Mio. € auf 10,0 Mio. €. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Wohnungsbewirtschaftung

Am 31. Dezember 2023 bewirtschaftete die Gesellschaft 6.030 Wohnungen, 370 Seniorenheimplätze, 49 Gewerbeeinheiten und 1.994 Garagen/Carports im eigenen Bestand. Dieser verteilt sich in etwa gleichmäßig auf die Städte Dinslaken, Voerde sowie Duisburg-Walsum und in geringerem Maße auf die Gemeinde Hünxe. Hiermit verbunden ist eine Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 435.635 qm. Der bebaute sowie unbebaute Grundbesitz beträgt zusammen 954.051 qm. Hierin sind Erbbaurechtsflächen mit einer Gesamtfläche von 43.008 qm enthalten.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen ist im Bestandsbereich der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 auf einem hohen Niveau geblieben. Weiterhin deutlich festzustellen ist ein Nachfrageüberhang nach betreuten Wohnformen für ältere Menschen, dem das Unternehmen seit Jahren durch geeignete Neubauprojekte im Bestand auch künftig begegnen wird. Mittlerweile liegt der Anteil an barrierefreien Wohnungen bei 16,1 % des Bestandes der Gesellschaft.

Im Berichtsjahr fanden 401 Mieterwechsel statt. Bezogen auf die Anzahl der Bestandswohnungen resultiert hieraus eine Fluktuationsquote von 6,7 % (Vorjahr 7,6 %). Die durchschnittliche

monatliche Sollmiete erhöhte sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 von 5,91 € je qm Wohn- und Nutzfläche auf 6,07 € je qm Wohn- und Nutzfläche.

Die Erlösschmälerungsquote liegt wie im Vorjahr bei 0,6 % der Netto-Sollmieten. Die Leerstandsquote zum 31. Dezember 2023 vermindert sich gegenüber dem Vorjahr (0,9 %) leicht auf 0,7 %. Hierbei beinhalten beide Kennzahlen auch die maßnahmebedingten Erlösschmälerungen infolge umfangreicher Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die nachfragebedingte Leerstandsquote ohne den maßnahmebedingten Anteil sinkt auf 0,2 % (Vorjahr 0,4 %).

Für die laufende Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudebestandes wurden im Geschäftsjahr 2023 9,0 Mio. € an Fremdleistungen aufgewandt.

Sonstige Wohnungsverwaltung

In der Berichtsperiode 2023 konnten für die ausgeübten Betreuungstätigkeiten Umsatzerlöse in Höhe von 64 T€ erzielt werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Wohnbau Dinslaken GmbH hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.335 T€ erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag 147,1 Mio. €. Die Sachanlagen erhöhten sich per Saldo um 1.926 T€. Hierbei stehen Zugänge von 7.100 T€ Abschreibungen von 4.673 T€ und Buchwertabgänge von 501 T€ gegenüber. Die kurzfristigen Aktiva erhöhten sich um 1.383 T€. Insbesondere erhöhten sich die unfertigen Leistungen um 1.360 T€ und die sonstigen Vermögensgegenstände um 213 T€, die flüssigen Mittel verminderten sich um 211 T€.

Das langfristige Eigenkapital hat sich um 715 T€ auf 38.294 T€ erhöht. Dies entspricht einem Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital von 26,0 % (Vorjahr 26,1 %).

Die Erhöhung der langfristigen Verbindlichkeiten um 789 T€ resultiert aus Valutierungen von 6.431 T€ abzüglich Tilgungen von 3.594 T€, Rückzahlungen von 1.580 T€ und Tilgungszuschüssen von 468 T€. Die langfristigen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Tilgungsnachlässe auf Darlehen. Daneben ergaben sich Erhöhungen im kurzfristigen Bereich vor allem bei den erhaltenen Anzahlungen (um 897 T€) sowie bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (um 488 T€). Gegenläufig wirkte sich die Reduzierung der Steuerrückstellung (um -66 T€) aus.

Die Finanzlage des Unternehmens ist geordnet. Die kurzfristige Liquiditätssituation des Unternehmens ist gesichert.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 10,0 Mio. € (Vorjahr 9,3 Mio. €) erzielt. Dabei betrug das Betriebsergebnis 11,1 Mio. € (Vorjahr 10,1 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Hausbewirtschaftung erzielte die Wohnbau Dinslaken GmbH ein Ergebnis von 11,1 Mio. € (Vorjahr 10,0 Mio. €), das im Wesentlichen durch gestiegene Sollmieten bestimmt wurde.

Das Ergebnis aus der Bautätigkeit im Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag -136 T€ (Vorjahr -134 T€). Dabei stehen den aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 122 T€ (Vorjahr 120 T€) Aufwendungen für technische und kaufmännische Eigenleistungen von 258 T€ (Vorjahr 254 T€) gegenüber.

Die Betreuungstätigkeit trug in der Berichtsperiode 2023 mit 11 T€ (Vorjahr 14 T€) zum Unternehmensergebnis bei.

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Tätigkeit erreichte zum Bilanzstichtag eine Höhe von 133 T€ (Vorjahr 154 T€).

Mit 73 T€ (Vorjahr 1 T€) schloss das Finanzergebnis im Jahr 2023 ab.

Das neutrale Ergebnis beträgt für das Geschäftsjahr 2023 102 T€ (Vorjahr 296 T€).

Gegenüber 1.068 T€ für das Jahr 2022 beziffern sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für das Jahr 2023 auf 1.275 T€.

Insgesamt ist die Ertragslage der Wohnbau Dinslaken GmbH gesichert.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Bereits im Jahr 2000 hat die Wohnbau Dinslaken GmbH auf der Basis des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem mit Frühwarnsystem, Risiko-Controlling und internem Kontrollsystem eingerichtet, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen möglichst früh zu erkennen. Dieses System wird unter dem Kapitel „Risikomanagement“ in aussagefähiger Form im internen Online-Unternehmenshandbuch der Gesellschaft für alle Mitarbeiter einsehbar geführt.

Zur notwendigen fortlaufenden Risikoidentifikation des Risiko-Managementsystems ist bei der Wohnbau Dinslaken GmbH ein sog. „Risiko-Komitee“ gebildet worden, das sich aus den Geschäftsbereichsleitern sowie den Stabstellen zusammensetzt. Aufgabe dieses Komitees ist die laufende Fortentwicklung und Anpassung des Risikofrüherkennungssystems an sich verändernde Markt- und Risikosituationen, d. h. Erkennung neuer Risiken, die Modifikation bestehender und die Integration neuer risikosteuernder Maßnahmen. Zu Jahresbeginn werden mehrere Sitzungen des Komitees terminiert, in denen der Geschäftsführung über die Risikosituation der Gesellschaft berichtet und gemeinsam diskutiert wird. Zur Dokumentation werden schriftliche Risikoberichte abgefasst.

Makroökonomische Risiken

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland kam im Jahr 2023 in einem nach wie vor krisen-geprägten Umfeld in Stocken und ist weiterhin mit hohen Risiken behaftet. Im Krieg in der Ukraine gibt es keine Anzeichen für eine schnelle Lösung. Die Bemühungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation zu trennen, dauern an. Dies belastet alle EU-Mitgliedstaaten. Der Krieg zwischen Israel und der Hamas könnte sich auf andere Länder in der Region ausweiten. Zwar hat im Verlauf des Jahres 2023 die Inflation nachgelassen, es besteht aber weiterhin das Risiko, dass die inflationären Tendenzen noch länger anhalten. Unvorhergesehene Ereignisse könnten die Energie- und Lebensmittelpreise steigen lassen. Der hohe Preisauftrieb wird die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte weiter belasten.

Strategische Risiken

Von wesentlicher strategischer Bedeutung für die Entwicklung der Geschäfte der Wohnbau Dinslaken GmbH sind die Bevölkerungsentwicklung, die Sozialstruktur, die Einkommensentwicklung, der Wohnflächenbedarf der privaten Haushalte und die Zuwanderungsentwicklung. Eine besondere Herausforderung stellt nach wie vor die zunehmend älter werdende Bevölkerung dar. Bereits ab 2030 werden im Kreis Wesel etwa 37 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein. Insofern ist längerfristig mit Erlösschmälerungen infolge zunehmender Leerstände zu rechnen, wenn die Bestandswohnungen nicht in ausreichender Anzahl zumindest seniorenfreundlich umgestaltet werden.

Dem Risiko der immer älter werdenden Bevölkerung begegnet die Wohnbau Dinslaken GmbH; neben dem barrierefreien Neubau, durch den barrierearmen Umbau der Bestandswohnungen. Auf die anderen genannten Risiken hat die Gesellschaft keinen wesentlichen Einfluss.

Marktrisiken

Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass neben den Nettokaltmieten auch die Betriebskosten stetig steigen. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie weiter merklich gestiegen, die zusätzlich für einen weiteren Anstieg der Betriebskosten sorgen werden.

Mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz ist ab dem Jahr 2021 eine CO₂-Bepreisung fossiler Heiz- und Kraftstoffe in den Sektoren Gebäude und Verkehr erfolgt und sorgt zusätzlich für weiter steigende Energiepreise. Darüber hinaus will die EU-Kommission die CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 55 % (statt bisher 40 %) reduzieren. Im Jahr 2025 soll eine Neufestlegung der Zielkorridore für die CO₂-Bepreisung erfolgen. Mit der Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) sind die nationalen Klimaschutzziele für 2030 von 55 % auf 65 % THG-Minderung gegenüber 1990 und das Ziel der Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 nochmals erhöht worden. Mit Blick auf die Zielerreichung 2030 ist von einem weiteren Anstieg der CO₂-Bepreisung auszugehen. Es ist daher ebenfalls mit einem weiteren Anstieg der Betriebskosten zu rechnen. Sollte diese Entwicklung sich in gleicher Weise fortsetzen, besteht das Risiko, dass sich die Mieter die Bruttowarmmiete nicht mehr leisten können.

Seit dem 01.01.2023 ist das Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz (CO₂ KostAufG) in Kraft getreten. Durch die Aufteilung der CO₂ -Kosten zwischen Vermieter und Mieter entsteht ein zusätzlicher Kostenfaktor im Unternehmen, der aufgrund der Witterung und des nicht kalkulierbaren Verbrauchsverhaltens des Mieters sowohl absolut als auch hinsichtlich der Stufeneinteilung schwanken kann.

Darüber hinaus ist zu erkennen, dass neben dem deutlichen Anstieg der Kapitalkosten die Kosten für Baumaterialien und Bauleistungen mit zunehmender Dynamik steigen. Dadurch wird die Wirtschaftlichkeit von Investitionsmaßnahmen zunehmend belastet. Auch können sich durch Preissteigerungen die Aufwendungen für die Instandhaltung erhöhen. Bezüglich steigender Bau- und Baunebenkosten setzt die Gesellschaft auf die Bauabwicklung (Planungsbegleitung, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung) im eigenen Hause, um negativen Preisentwicklungen schon ab der Planungsphase frühzeitig begegnen zu können.

Überwiegend sind diese Risiken abhängig von den politischen Entscheidungen und somit von der Gesellschaft nur schwer beeinflussbar. Dem Risiko von Forderungsausfällen wird durch standardisierte Bonitätsprüfungen und einem aktiven Forderungsmanagement begegnet.

Finanzrisiken

Bei der Wohnbau Dinslaken GmbH werden Investitionsvorhaben grundsätzlich durch festverzinsliche Darlehen finanziert. Die Zinsen an den Kapitalmärkten sind mittlerweile stark angestiegen. Eine Ursache liegt u.a. im Anstieg der Leitzinsen, da die Europäische Zentralbank mittlerweile auf die kräftig anziehenden Verbraucherpreise reagiert. So hat sie die Leitzinsen im Jahr 2023 sechsmal auf insgesamt 4,5 % zuletzt am 14.09.2023 angehoben. Bei der aktuellen Kapitalmarktsituation sind die kurzfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen begrenzt, da die Wohnbau Dinslaken GmbH durch Umschuldungen und Prolongationen der Entwicklung steigender Zinsaufwendungen vorausschauend begegnet. Kreditverhandlungen werden dabei durch die sehr gute Bonität der Gesellschaft, die sich in entsprechend sehr guten Bankenratings ausdrückt, unterstützt.

Wie sich die Kapitalmärkte jedoch langfristig weiter entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Sollte sich jedoch das gegenwärtige Zinsniveau langfristig halten, so werden die Zinsaufwendungen dauerhaft steigen. Weiter ist festzuhalten, dass das Unternehmen frühzeitig das Zinsmanagement auch zur Vermeidung von „Klumpenrisiken“ genutzt hat und dementsprechend die Prolongationsfälligkeiten langfristig über die Jahre verteilt wurden.

Die Verbindlichkeiten erhöhen sich im Geschäftsjahr 2023 um 2,4 Mio. € auf 97,9 Mio. €. Dabei sind langfristige Darlehen grundsätzlich über Grundpfandrechte gesichert. Im Rahmen der Finanzplanung werden mögliche Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken laufend überwacht und falls notwendig durch geeignete Maßnahmen angepasst.

Betriebsrisiken

Risiken aus der Abwicklung von Bauvorhaben und großen Modernisierungsvorhaben erhöhen sich zukünftig für die Gesellschaft aufgrund der zunehmenden Kostensteigerungen für Baumaterialien und Bauleistungen. Zur Risikominimierung bei der Rentabilität solcher Vorhaben wird ein mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft abgestimmtes dynamisches Wirtschaftlichkeitsberech-

nungsverfahren (Discounted Cashflow Verfahren) zugrunde gelegt, das schon vor dem Grundstückserwerb greift und auch ein späteres Controlling im Betrieb mit einbezieht. Die zunehmenden Kostensteigerungen und steigende Zinsen haben auch Einfluss auf die Rentabilität der Bau- und Modernisierungsvorhaben. Die Risiken des Klimawandels werden u.a. in Schäden infolge von Extremwetterlagen gesehen. Den Risiken hieraus wird durch den Abschluss von entsprechenden Gebäudeversicherungen begegnet.

Gesamtaussage

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der vorgenannten Risiken wird seitens der Gesellschaft als geringfügig bis mittelhoch eingeschätzt.

Diese Entwicklung macht es schwierig, weitere Auswirkungen zuverlässig einzuschätzen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf der Wohnbau Dinslaken GmbH bestehen können. Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung der geplanten Einnahmen sowie Risiken aus steigenden Mietausfällen.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstattung sieht die Geschäftsführung für die nächsten 12 Monate keine bestandsgefährdenden Risiken für die Wohnbau Dinslaken GmbH.

Chancenbericht

Seit mehr als drei Jahrzehnten wird schon der seinerzeit bereits erkennbaren demografischen Entwicklung durch bedarfsgerechten Neu- und Umbau begegnet. Mittlerweile können 16,1 % des Bestandes als barrierefreie Wohnungen angeboten werden, die zum großen Teil mit niederschwelligem Betreuungsangebot vor Ort bis hin zur Vollpflege in den 370 Seniorenheimplätzen der Gesellschaft versorgt werden können.

Bei einer durchschnittlichen Miete von 6,07 € pro qm Wohn- bzw. Nutzfläche monatlich im gesamten Bestand kann die Gesellschaft Wohnraum in allen Preisklassen anbieten. Dabei wird besonders Wert gelegt auf den Erhalt und die Schaffung von Wohnraum im unteren und preisgebundenen Segment. Aber auch im gehobenen Segment werden Wohnungen vorgehalten bzw. bedarfsgerechte Angebote für den Markt entwickelt.

Wohnen und Bauen stehen durch die sehr anspruchsvollen Klimaziele in Deutschland vor einer nie dagewesenen Herausforderung. Bei der Einsparung von CO₂-Emissionen werden die klimapolitischen Ziele immer anspruchsvoller. Zur Erreichung der Ziele ist es unerlässlich, die CO₂-Emissionen, die durch eigenes Handeln entstehen, zu kennen und zu bewerten. Die mit Abstand größte Menge der im Gebäude-Sektor verursachten Emissionen entstehen im Rahmen der Bewirtschaftung durch die Beheizung und durch die Bereitstellung von Warmwasser. Durch den Vergleich mit historischen Daten können Rückschlüsse auf erfolgreiche Maßnahmen und deren Einsparpotentiale gezeigt werden. CO₂-Monitoring ist dabei die Grundlage einer zukünftigen Klimastrategie, bei der die CO₂-Emissionen überwacht und Handlungsansätze zur Reduzierung erarbeitet werden.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde in den Gremien der Wohnbau Dinslaken GmbH über den Stand des CO₂-Monitorings berichtet. Hierbei ist festzustellen, dass sich die Fernwärmerversorgung

positiv auf das CO₂ -Monitoring auswirkt, da 94 % unseres Wohnungsbestandes mit Fernwärme versorgt wird. Lediglich die restlichen 6 % des Wohnungsbestandes werden mit dem fossilen Energieträger Gas versorgt. Zudem werden Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen evaluiert.

Verantwortungsvolles Handeln aller Akteure der Gesellschaft, ein ausgeprägtes Umwelt- und Kostenbewusstsein sowie gesellschaftliches Engagement sind die stabilen Fundamente für eine wirtschaftlich erfolgreiche und somit nachhaltige Entwicklung des Unternehmens.

Prognosebericht

Der für das Geschäftsjahr 2023 geplante Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 9,9 Mio. € wurde mit dem Ergebnis 2023 von 11,2 Mio. € realisiert, das im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung bestimmt worden ist. Das für 2023 vorgesehene EBITDA in Höhe von 15,6 Mio. € sowie die geplante durchschnittliche monatliche Sollmiete von 6,00 €/qm wurden mit 16,7 Mio. € bzw. 6,07 €/qm umgesetzt. Die für das Geschäftsjahr 2023 vorgesehenen Instandhaltungskosten von 8,9 Mio. € wurden mit 9,0 Mio. € und die Kosten für die aktivierungsfähigen Modernisierungsvorhaben mit 1,3 Mio. € im Jahr 2023 realisiert.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist ein Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 10,1 Mio. € geplant, der überwiegend durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung bestimmt wird. Des Weiteren ist ein EBITDA in Höhe von 16,2 Mio. € und eine durchschnittliche monatliche Sollmiete von 6,12 €/qm vorgesehen. Für das Geschäftsjahr 2024 sind weitere Investitionen in den Bestand als auch in Neubauvorhaben geplant. Für die Instandhaltung sind 9,1 Mio. € und für aktivierungsfähige Modernisierungsvorhaben 6,3 Mio. € vorgesehen.

Das im Bauüberhang aus 2021 befindliche Neubauprojekt Ersatzneubau Seniorenheim in Vorde soll in 2024 fertig gestellt werden. Darüber hinaus werden weitere 2 Mieteinfamilienhäuser Uhlandstraße in Dinslaken in 2024 fertiggestellt. 2 Mieteinfamilienhäuser Uhlandstraße wurden bereits zum Jahresende 2023 bezogen. Im Jahr 2024 ist der Baubeginn für das Bauvorhaben 42 WE Halden-/Knappenstraße in Dinslaken-Lohberg (I. BA) erfolgt. Für die vorgenannten Projekte werden noch insgesamt rd. 16,4 Mio. € benötigt.

Darüber hinaus ist ein Baubeginn für das Bauvorhaben 27 WE Halden-/Knappenstraße in Dinslaken-Lohberg (II. BA) in 2024 geplant. Für dieses Vorhaben belaufen sich die Investitionen summiert auf ca. 6,3 Mio. €. Sollten sich vor einem Baubeginn Abweichungen zu den Plandaten ergeben, die sich zusätzlich negativ auf die bisherige Wirtschaftlichkeit auswirken, erfolgt eine weitere Beratung in Abstimmung mit den Aufsichtsgremien der Wohnbau Dinslaken GmbH.

Organe und deren Zusammensetzung

Mitglieder des Aufsichtsrates, Beisitzer und Gesellschaftervertreter			
Borkes, Karl	Kreis Wesel	Kreiskämmerer	2.500,00 €
Buschmann, Dirk	Gemeinde Hünxe	Bürgermeister	1.700,00 €

Cirener, Thomas	Kreistagsmitglied Kreis Wesel		2.100,00 €
Eichner, Uwe	Vivawest GmbH	Vorsitzender der Geschäftsführung	2.500,00 €
Eislöffel, Michaela	Stadt Dinslaken	Bürgermeisterin	3.800,00 €
Geimer, Karl-Heinz	Ratsherr der Stadt Dinslaken		2.100,00 €
Groll, Michael	Vivawest Wohnen GmbH	Bereichsleiter	3.600,00 €
Häfemeier, Friedrich-Wilhelm	Niederrheinischen Sparkassen RheinLippe	Sparkassendirektor	2.100,00 €
Körner, Dr., Dieter	Vivawest Wohnen GmbH	Bereichsleiter	3.200,00 €
Koske, Rico	Ratsmitglied	Stadt Dinslaken	2.100,00 €
Lantermann, Gerd			200,00 €
Merker, Fabian			200,00 €
Meyer, Horst			200,00 €
Mölleken, Bert	Mitglied des Kreistages	Kreises Wesel	1.900,00 €
Piechula, Monika	Mitglied des Kreistages	Kreises Wesel	200,00 €
Schneider, Fabian	Ratsmitglied	Stadt Dinslaken	2.300,00 €
Serhat, Haluk	Vivawest GmbH	Geschäftsführer	1.900,00 €
Sprey, Dr., Ralf			200,00 €
Süselbeck, Michael			200,00 €
Terhoff, Heike			200,00 €
Zuzej, Dominik			200,00 €

von der **Stadt Voerde** entsandt

Dirk Haarmann	Schriftführer (ab 15.06.2023) Vorsitzender im Aufsichtsrat (bis 14.06.2023)	Bürgermeister	3.600,00 €
Sarres, Mark	Vertreter im Aufsichtsrat	Ratsherr	2.100,00 €
Schneider, Georg	Vertreter im Aufsichtsrat	Ratsherr	2.100,00 €
Paradowski, Detlef	Sachverständiger Beisitzer im Liegenschaftsausschuss		200,00 €

Geschäftsführung

Alleingeschäftsführerin Eggert-Höfel, Petra (ab 01.08.2023)	<u>Bezüge</u> erfolgsunabhängiges Jahresgrundgehalt: Euro 56.666,65 Sonstige Bezüge Euro 4.177,64 Erfolgsabhängige Bezüge: Euro 19.000,00 (Der für die Geschäftsführung erfolgsabhängige Betrag wird von der vom Aufsichtsrat eingesetzten Personalkommission auf Grundlage einer unternehmensbezogenen Bemessungsgrundlage, welche sich an einer definierten Cashflow-Kennzahl orientiert, festgelegt.)
Alleingeschäftsführer Krechter, Wilhelm (bis 31.07.2023)	<u>Bezüge</u> erfolgsunabhängiges Jahresgrundgehalt: Euro 83.125,00 Sonstige Bezüge Euro 724,80 Erfolgsabhängige Bezüge: Euro 34.000,00 (Der für die Geschäftsführung erfolgsabhängige Betrag wird von der vom Aufsichtsrat eingesetzten Personalkommission auf Grundlage einer unternehmensbezogenen Bemessungsgrundlage, welche sich an einer definierten Cashflow-Kennzahl orientiert, festgelegt.)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 16 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 6,25 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.



Basisdaten

Anschrift	Rheinische Straße 1, 44137 Dortmund
Gründungsjahr	2017

Zweck der Beteiligung

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

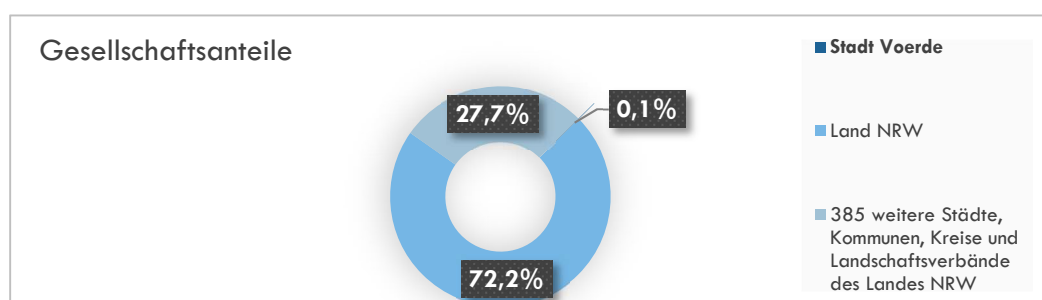
Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2023 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 385 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung der d-NRW AöR wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

		EURO
Stammkapital		1.385.000
Land NRW	72,202%	1.000.000
Stadt Voerde	0,0722%	1.000
385 weitere Städte, Kommunen, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	je 0,0722%	384.000



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Voerde.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	179	140	+39	A. Eigenkapital	2.914	2.897	+17
B. Umlaufvermögen	48.889	25.942	+22.946	B. Rückstellungen	8.045	5.607	+2.437
C. Rechnungsabgrenzung	111	10	+101	C. Verbindlichkeiten	38.115	17.559	+20.557
D. Aktive latente Steuern			+0	D. Rechnungsabgrenzung	104	30	+75
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			+0	E. Passive latente Steuern			+0
Bilanzsumme	49.178	26.092	+23.086	Bilanzsumme	49.178	26.092	+23.086

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	129.383	101.209	+28.174
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	103	433	-330
5. Materialaufwand	-123.390	-96.866	-26.523
6. Personalaufwand	-4.893	-4.040	-853
7. Abschreibungen	-56	-46	-11
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147	-676	-471
Finanzergebnis	0	-14	+14
Ergebnis vor Ertragssteuern	+0	+0	+0
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+0	+0	+0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,9	11,1	-5,2
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckungsgrad 2	1.631,5	2.073,5	-442,0
Verschuldungsgrad	1.587,8	800,7	787,0
Umsatzrentabilität	0,0	0,0	0,0

Personalbestand

Die d-NRW AöR hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 (Vorjahr: 69) Mitarbeitende beschäftigt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Beschäftigte.

Geschäftsentwicklung

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtszeitraum ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der

Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden- Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AÖR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 TEUR,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 TEUR sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 TEUR bis zum Jahresende 2028

zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT-Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+TEUR 23.085), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 35.882 (31.12.2022: TEUR 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Registermodernisierung,

Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förderprogrammcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwahrenentgelte (TEUR 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt TEUR 14) entfallen.

Risikobericht und Prognose

Risikobericht

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der d-NRW AöR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In

diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AÖR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AÖR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AÖR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AÖR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AÖR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AÖR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten. Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AÖR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Be-

rechtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrheinwestfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Mitglieder des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat setzt sich zum 31.12.2023 wie folgt zusammen:

Sebastian Kopietz	Stadtdirektor	Stadt Bochum
Harald Zillikens	Bürgermeister	Stadt Jüchen
Andreas Wohland	Beigeordneter	Städte & Gemeindebund NRW
Dirk Brügge	Kreisdirektor	Rhein-Kreis Neuss
Dr. Marco Kuhn	Erster Beigeordneter	Landkreistag NRW
Simone Dreyer	Regierungsbeschäftigte	MAGS NRW
Lee Hamacher	Ministerialdirigentin	MKJFGFI NRW
Dr. Heinz Oberheim	Ministerialrat	FM NRW
Katharina Jestaedt	Ministerialdirigentin	IM NRW
Diane Jägers	Ministerialdirigentin	MHKBD NRW

Die Stadt Voerde entsendet keinen Vertreter.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung, Herrn Dr. Roger Lienenkamp, ausgeübt. Allgemeiner Vertreter ist Herr Markus Both.

Dr. Roger Lienenkamp	<u>Bezüge</u> Geschäftsführergehalt 149.560,68 € Firmenwagen 5.127,60 € Firmenwagen pauschal versteuert 324,00 € Betr. AV (Direktversicherung) pauschal versteuert 1.752,00 € AG-Ant. SV (incl. Umlage) 14.885,11 €
Markus Both	Gehalt 123.384,96 € VL AG-Anteil 79,08 € Umlage VBL stpfl. 5.665,08 € Umlage VBL pauschal versteuert 1.104,36 € Betr. AV (Direktversicherung) stpfl.) 3.914,10 € Betr. AV (Direktversicherung) stfrei.) 3.408,00 € AG-Ant. SV (incl. Umlage) 15.487,74 €

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %)

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.

3.4.1.6 Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken

Basisdaten



Anschrift	Bismarckstraße 1. 46483 Wesel
Gründungsjahr	2016
Handelsregistereintragung:	HR A 7564 Amtsgericht Duisburg Körperschaft des öffentlichen Rechts

Zweck der Beteiligung

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 7564 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken, der von den Städten Wesel, Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sowie den Gemeinden Schermbeck und Hünxe gebildet wird.

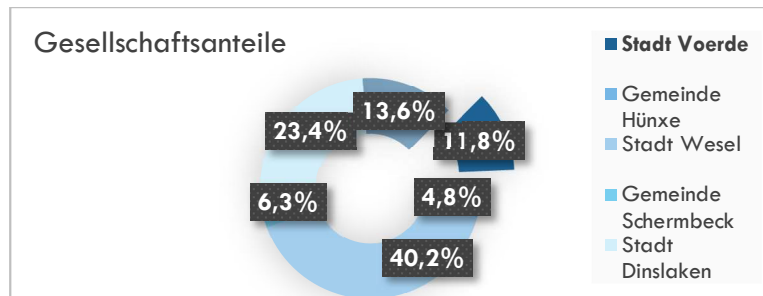
Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Wesel.

Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers und die an die Städte Wesel und Hamminkeln sowie der Gemeinde Schermbeck angrenzenden Städte und Gemeinden sowie der Stadtteil Duisburg-Walsum und der Amtsgerichtsbezirk Wesel.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Anteile am Sparkassenzweckverband Wesel-Dinslaken verteilen sich wie folgt:

Stadt Wesel	(40,18 %)
Stadt Dinslaken	(23,36 %)
Stadt Hamminkeln	(13,56 %)
Stadt Voerde	(11,83 %)
Gemeinde Schermbeck	(6,26 %)
Gemeinde Hünxe	(4,81 %)



Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva	Kapitallage Passiva						
	2023			2022			
	TEURO	TEURO	Veränderung	TEURO	TEURO	Veränderung	
1. Barreserve	70.084	79.131	-9.047	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	266.501	275.419	-8.918
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind	0	0	+0	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.820.778	2.879.377	-58.599
3. Forderungen an Kreditinstitute	173.925	235.571	-61.646	3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	+0
4. Forderungen an Kunden	2.741.083	2.694.573	+46.510	4. Treuhandverbindlichkeiten	21.135	23.074	-1.939
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.139	276.697	-22.558	5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.804	1.250	+555
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	111.924	137.831	-25.906	6. Rechnungsabgrenzungsposten	449	526	-77
7. Beteiligungen	45.571	45.578	-7	7. Rückstellungen	32.821	40.165	-7.344
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	125	125	+0	8. (weggefallen)			
9. Treuhandvermögen	21.135	23.074	-1.939	9. Nachrangige Verbindlichkeiten	0	15.554	-15.554
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0	0	+0	10. Genusssrechtskapital	0	0	+0
11. Immaterielle Anlagewerte	2	0	+2	11. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	0	0	+0
12. Sachanlagen	52.360	54.037	-1.678	12. Fonds für allgemeine Bankrisiken	158.226	145.026	+13.200
13. Sonstige Vermögensgegenstände	5.283	4.575	+708	13. Eigenkapital	173.926	170.813	+3.113
14. Rechnungsabgrenzungsposten	11	12	-2				
15. Aktive latente Steuern	0	0	+0				
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	+0				
Bilanzsumme	3.475.641	3.551.205	-75.563	Bilanzsumme	3.475.641	3.551.205	-75.563

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

GuV			
	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Zinserträge	76.959	55.927	+21.032
2. Zinsaufwendungen	60.391	50.801	+9.590
3. Laufende Erträge	5.057	4.002	+1.055
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	+0
5. Provisionserträge	28.451	28.048	+403
6. Provisionsaufwendungen	1.777	1.938	-162
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0	0	+0
8. Sonstige betriebliche Erträge	3.881	2.854	+1.027
9. (weggefallen)			
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	38.788	39.405	-617
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.804	2.978	-174
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.103	2.490	-387
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.882	5.748	-2.866
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im	0	0	+0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie	9.528	831	+8.697
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	0	+0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	38	3	+35
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	13.200	3.900	+9.300
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	7.359	11.322	-3.963
20. Außerordentliche Erträge	0	0	+0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	+0
22. Außerordentliches Ergebnis	0	0	+0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.031	8.017	-3.986
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	215	211	+4
25. Jahresüberschuss	+3.113	+3.095	+18

Personalbestand

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 565 verringert, von denen 306 vollzeitbeschäftigt, 229 teilzeitbeschäftigt sowie 30 in Ausbildung sind. Der Rückgang ist zurückzuführen auf eine natürliche Fluktuation.

Die Gesamtzahl unserer personenbesetzten Geschäftsstellen (19) hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Allerdings wurden in 2023 vor dem Hintergrund des sich weiter verändernden Kundenverhaltens und des Ausbaus unseres "mobile banking" Angebots die SB-Standorte von 20 auf 16 reduziert.

Geschäftsentwicklung

Vor dem Hintergrund der politischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Zinsentwicklung bewerten wir den Geschäftsverlauf des Jahres 2023 insgesamt als zufriedenstellend. Infolge der gestiegenen Zinsen war jedoch beim privaten Wohnungsbau und damit auch bei der Nachfrage nach Wohnungsbaufinanzierungen ein deutlicher Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Trotzdem konnten wir mit der Ertragsentwicklung des Jahres 2023 an das positive Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres

anknüpfen, da gestiegene Zinsüberschüsse den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen deutlich übertroffen haben. Trotz der deutlichen Bewertungsaufwendungen bei den Wertpapiereigenanlagen durch die angepasste Bewertungsmethodik war, unter Einbezug der Bewertungsaufwendungen im Kreditgeschäft, eine deutliche Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals möglich.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 170,81 Mio. EUR. Sie erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2022. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2023 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 173,93 Mio. EUR (Vorjahr 170,81 Mio. EUR) aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 13,20 Mio. EUR auf 158,23 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2023.

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2023 15,3 % (Vorjahr 15,4 %) und übertrifft damit die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zzgl. SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer).

Zum 1. Februar 2022 wurde der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte erhöht. Zudem wurde ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für die Wohnimmobiliensektor eingeführt. Die Quoten sind seit dem 1. Februar 2023 zu beachten. Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31.12.2023 belaufen sich auf 2.014,44 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel auf 307,63 Mio. EUR.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31.12.2023 auf 15,2 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR.

Der für 2023 prognostizierte Wert für die Gesamtkapitalquote von 15,3 % konnte erreicht werden.

Die Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 CRR (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31.12.2023 8,8 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %.

Auf Grundlage unserer Mehrjahresplanung ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung und die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 134 % bis 167 % oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2023 bei 134 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 122 % bis 123 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % durchgängig eingehalten.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach der Finanzplanung der Gesellschaft auch für die absehbare Zukunft gesichert. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,94 % (Vorjahr 0,66 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2023; es lag damit unter dem Durchschnitt der rheinischen Sparkassen. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 0,90 % wurde im Wesentlichen aufgrund eines leicht höheren Zinsüberschusses im Vergleich zur Prognose übertroffen.

Dies gilt auch für die als weiterer bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung definierte Größe zur Cost-Income-Ratio. Im Jahr 2023 sinkt die Cost-Income-Ratio im Vergleich zum Vorjahr auf 64,2 %. Der im Vorjahreslagebericht erwartete Wert von 65,0 % wurde auch aufgrund des leicht höheren Zinsüberschusses unterschritten.

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss nochmal leicht besser entwickelt als im Rahmen der Prognoseberichterstattung des Vorjahres erwartet. Der Anstieg der Zinserträge übertraf den Anstieg der Zinsaufwendung im Vergleich zum Vorjahr. Die deutliche Ergebnisverbesserung resultiert im Wesentlichen aus dem Zinsanstieg, welcher im Laufe des Jahres 2022 eingesetzt hat und erstmalig für 2023 für ein gesamtes Kalenderjahr die Rahmenbedingungen darstellte. Des Weiteren resultiert die Erhöhung des Zinsüberschusses auch aus der marktzinsbedingten Verbesserung des Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen sowie aus dem positiven Beitrag aus kurzfristigen Mittelanlagen bei der Zentralbank. Positiv wirkten sich ebenfalls fällige noch höherverzinsten Refinanzierungen auf den Zinsüberschuss aus.

Der Provisionsüberschuss hat sich entsprechend der Erwartung entwickelt und liegt damit um 0,5 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Insbesondere die Erträge aus dem Giro- und Barzahlungsverkehr sowie das Wertpapiergeschäft verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr deutlichere Zuwächse.

Für den Verwaltungsaufwand (Personal- und Sachaufwand) wurde ein Niveau deutlich über dem Vorjahr erwartet, mit 59,4 Mio. EUR ist der Verwaltungsaufwand entsprechend auch der Planung um 2,3 Mio. EUR über dem Vorjahresergebnis ausgelaufen. Sowohl der Personalaufwand als auch der Sachaufwand sind im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus den Tarifierhöhungen.

Im Rahmen der periodenfremden und außergewöhnlichen Posten wird im Vergleich zum Vorjahr ein Einmaleffekt aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,2 Mio. EUR ausgewiesen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) für das Kreditgeschäft, die Wertpapiereigenanlagen sowie die Beteiligungen und verbundenen Unternehmen beliefen sich auf 12,4 Mio. EUR (Vorjahr 6,6 Mio. EUR). Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist leicht besser ausgefallen als im Rahmen des Vorjahresberichtes prognostiziert. Allerdings ist das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich negativ ausgefallen. Die Sparkasse hat die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere des Anlagevermögens abweichend vom Vorjahr nicht mehr mit dem gemilderten, sondern mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Entgegen dem ursprünglich erwarteten leicht negativen Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen fällt insofern der Bewertungsaufwand tatsächlich um 7,4 Mio. EUR deutlich ungünstiger aus als geplant, liegt allerdings noch unter dem Vorjahreswert.

Der Sonderposten nach § 340 g HGB wurde deutlich um 13,2 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2023 war ein um 4,0 Mio. EUR auf 4,3 Mio. EUR rückläufiger Steueraufwand auszuweisen. Die Entwicklung beruhte in erster Linie auf einen Einmaleffekt im Rahmen der Umstrukturierung bei den Wertpapieranlagen.

Vor dem Hintergrund des politischen und gesamtwirtschaftlichen Umfelds und der veränderten Zinssituation ist der Vorstand mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2023 zufrieden. Während die Prognosen hinsichtlich des Zinsüberschusses im Positiven leicht übertroffen wurden, ist der Provisionsüberschuss sowie der Verwaltungsaufwand entsprechend der Planung ausgelaufen. Die Änderung der Bewertungsmethode vom gemilderten auf das strenge Niederstwertprinzip für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens spiegelten sich im Bewertungsergebnis der Wertpapiereigenanlagen wider, so dass das Ergebnis hier deutlich negativer als prognostiziert ausgefallen ist. Das vorsichtig geplante negative Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nicht in voller Höhe eingetreten.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2023 0,09 %.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Auf Basis der internen Risikoberichte bewegten sich die Risiken in 2023 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Limitanpassungen ergaben sich zum 31.12.2023 aufgrund von zentralen Parameteranpassungen der S Rating- und Risikosysteme GmbH. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 75,97 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden gemäß interner Risikoberichte sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Auf dieser Basis war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere durch die Regulatorik, in weiteren starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3) oder im Fall sich einer weiter eintrübenden Konjunktur.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungstufe zugeordnet.

Vor dem Hintergrund, dass das Risikodeckungspotential die eingegangenen Risiken deutlich übersteigt und auf Basis der Ergebnis- und Kapitalplanung bis 2028 voraussichtlich keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind, wird die Risikolage als ausgewogen beurteilt.

Chancen- und Prognosebericht

Chancenbericht

Das "Chancenmanagement" der Gesellschaft ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Die Chancen für die geschäftliche Entwicklung der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe sind eng mit der Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Umfelds verknüpft. Sofern sich dieses positiv entwickelt, erwartet die Gesellschaft auch eine Stabilisierung der Nachfrage nach Krediten für den Wohnungsbau. Dies würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken. Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung der Ertragskraft will die Gesellschaft vor allem nutzen, indem insbesondere die Möglichkeiten des Plattformgeschäftes bei Immobilienfinanzierungen und im Versicherungsbereich weiter ausgebaut werden sollen.

Die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe sieht auch Chancen in der weiteren Optimierung ihrer Vertriebs- und Betriebsstruktur. Positive Impulse für das Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwartet die Gesellschaft dabei aus dem Ausbau ihrer Kompetenzcenter für das beratungsintensive Geschäft. Im Betrieb sieht die Gesellschaft insbesondere Chancen in der Optimierung und Verschlinkung der bestehenden Prozesse durch z. B. Standardisierungen, um ihre Effizienz zu steigern und damit einhergehend mittelfristig die Rentabilität zu erhöhen. Des Weiteren erwartet die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe Chancen aus ihrer Investitionen in zukunftsweisende sowie digitale Informationstechnologien. Chancen will die Gesellschaft zusätzlich nutzen, indem neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking, die Internetbanking-Angebote sowie die digitalen Vertriebskanäle weiter ausgebaut werden.

Darüber hinaus sieht die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit ihren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation steht die Gesellschaft ihren Kunden im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags als verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten zur Verfügung. Dies bietet nach dem Selbstverständnis der Niederrheinischen Sparkasse RheinLippe die besten Chancen auf langfristige und im beiderseitigen Interesse erfolgreiche Geschäftsverbindungen mit ihren privaten und gewerblichen Kunden.

Prognosebericht

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2024 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als stabil. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere moderate Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Allerdings können die Auswirkungen insbesondere die wirtschaftlichen Folgen durch die konjunkturellen und geopolitischen Rahmenbedingungen auf die Geschäftsentwicklung nicht gesichert eingeschätzt werden. Die in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen sind daher mit erhöhten Eintrittsrisiken behaftet. Das Risiko besteht insbesondere weiter, dass die Bewertungsergebnisse im Kundenkreditgeschäft und bei den Wertpapiereigenanlagen negativer eintreten könnten als geplant.

Auf Basis der Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung geht die Niederrheinische Sparkasse RheinLippe davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat		
Blommen, Rolf		7.364,00 €
Buchmann, Jürgen		15.828,79 €
Drees, Andrea		475,00 €
Fritz, Paul-Georg		4.514,00 €
Gardemann, Rainer		10.438,58 €
Goemann, Uwe Jan		11.589,41 €
Goßen, Frank		4.514,00 €
Graf, Niklas		4.039,00 €
Hanke, Maik		5.939,00 €
Hövel, Melanie		5.939,00 €
Hovest, Ludger		15.546,16 €
Kempkes, Birgitta		7.364,00 €
Kisters, Uwe		475,00 €
Kleinelsen, Bernfried		2.732,00 €
Lehmkuhl, Frank		4.989,00 €
Linz, Jürgen		13.539,00 €
Messner, Thomas		6.889,00 €
Miltenberger, Horst		11.639,00 €
Reimann, Chris		950,00 €
Schmalfuß, Ralf		4.514,00 €
Tekaats, Herbert		9.739,00 €
Tripolino, Carolin		475,00 €
Windszus, Wilhelm		7.007,00 €

Vorstand	
Vorsitzende des Vorstandes Friedrich-Wilhelm Häfemeier	Grundgehalt in Höhe von 425,1 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 10,1 TEUR.
Mitglied des Vorstandes Sascha Hübner	Grundbezüge in Höhe von 376,5 TEUR und sonstige Vergütungen in Höhe von 85,9 TEUR.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,1 %)

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2018 bis 2021 bei der Stadt Voerde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Personalangelegenheiten erstellt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Voerde für den Zeitraum 12/2021 bis 12/2025 wurde am 07.12.2021 beschlossen.

Basisdaten

Anschrift	Friedrich-Ebert-Straße 84, 46535 Dinslaken
Gründungsjahr	1919
Handelsregistereintragung:	HR B 10569 Amtsgericht Duisburg

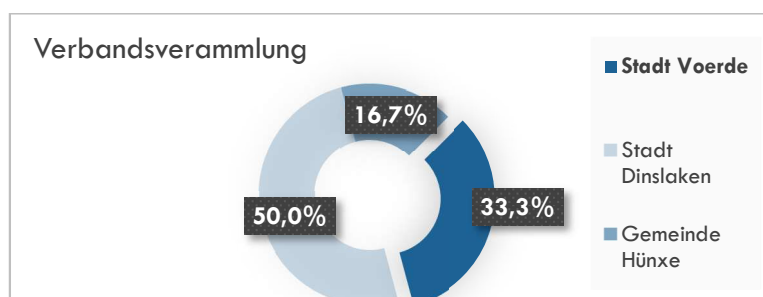
Zweck der Beteiligung

Gemäß der Zweckverbandssatzung übernimmt der Zweckverband als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 2 und § 10 des Weiterbildungsgesetzes. Die Volkshochschule dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen gerichtet. Zu diesem Zweck kann die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen (Vorträge und Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m.) gemäß § 3, § 4 Abs. 1 sowie § 11 Abs. 1 und 2 des Weiterbildungsgesetzes anbieten. Die Mitglieder des Zweckverbandes, die Stadt Dinslaken, die Stadt Voerde und die Gemeinde Hünxe, können dem Zweckverband neben dem Betrieb einer Volkshochschule die Wahrnehmung weiterer Aufgaben aus den Bereichen der Weiterbildung, des öffentlichen Kulturangebotes und des Bibliothekenwesens übertragen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Verbandsversammlung verfügt über 24 Stimmen, die sich wie folgt verteilen:

Stadt Dinslaken:	12 Stimmen
Stadt Voerde:	8 Stimmen
Gemeinde Hünxe:	4 Stimmen



Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Verbandsumlage

Nach der Satzung des VHS-Zweckverbandes ist die von den drei Verbandsmitgliedern gezahlte Verbandsumlage nach dem Verhältnis der Teilnehmerzahlen der Mitglieder zu erheben. Nicht im Verbandsgebiet ansässige Teilnehmende werden nicht berücksichtigt. Ohne diese ergibt sich für die Verbandsumlage von insgesamt 551.500,00 EUR eine maßgebliche Teilnehmerzahl von 6.535 mit nachstehenden Anteilen der einzelnen Verbandsmitglieder:

Dinslaken 5.223 = 79,92 %

Voerde 964 = 14,75 %

Hünxe 348 = 5,33 %

Gegenüber dem Vorjahr (Gesamtzahl: 5.977 davon Dinslaken: 4.876 gleich 81,58 %, Voerde: 873 gleich 14,61 %, Hünxe: 228 gleich 3,81 %) sind die absoluten Werte für Voerde und Hünxe gestiegen.

Für das Haushaltsjahr 2025 wird ein Durchschnitt der letzten drei Jahre (Werte aus dem Arbeitsbericht 2021, 2022 u. 2023) für die Berechnung der Anteile zur Verbandsumlage ermittelt.

Personalbestand

Organisiert wurde der Veranstaltungsumfang 2023 von fünf Programmbereichsleitenden, neun Verwaltungsmitarbeiterinnen sowie 241 nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeitenden (Kursleitende und Vortragende).

Geschäftsentwicklung

Für die 117.852 (2022: 116.614) Einwohner des Verbandsgebietes führte die Volkshochschule im Jahr 2023 insgesamt 790 (2022: 769) Lehrveranstaltungen durch, die 23.053 (2022: 23.555) Unterrichtsstunden umfassten und von 10.486 (2022: 8.702) Teilnehmern besucht wurden.

In diesen Gesamtzahlen sind 145 (2022: 136) Einzelveranstaltungen (inkl. Fahrten) mit 484 (2022: 481) Unterrichtsstunden und 2.448 (2022: 1.667) Teilnehmenden enthalten. Im Jahr 2023 wurde keine Studienreise durchgeführt.

Die Zahl der geplanten Lehrveranstaltungen (ohne Einzelveranstaltungen, Reisen, Fahrten) belief sich auf 815 Kurse (2022: 804) mit 22.311 Unterrichtsstunden (2022: 24.852).

Die für die Auswertung maßgeblich durchgeführten Kurse und Seminare (d.h. Veranstaltungen mit mind. 4 Unterrichtsstunden) erreichten folgenden Umfang:

Lehrveranstaltungen: 645

Unterrichtsstunden: 22.569

Teilnehmer: 8.038

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesamtausgaben der Volkshochschule sind im Jahr 2023 mit 2,15 Mio. EUR (Vorjahr: 2,27) im Vergleich des Vorjahresvolumens nicht gestiegen. Die Deckung dieser Ausgaben erfolgte zu 22,54 % (Vorjahr: 24,2 %) über die Verbandsumlage, zu 17,46 % (Vorjahr: 21,5 %) durch Landesmittel, zu 19,89 % (Vorjahr: 18 %) durch Gebühreneinnahmen, 39,52 % (Vorjahr: 33,6 %) der Einnahmen entfielen auf Drittmittel und 0,59 % für sonstige Einnahmepositionen. Zusätzlich wurden insgesamt \approx 35.000,00 EUR für Investitionen aufgewendet.

Die Kosten einer Unterrichtsstunde beliefen sich auf 106,13 EUR (Grundlage: Aufwendungen in 2023: 2.446.716,00 EUR; durchgeführte UStunden: 23.053); sie stieg gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres (2022: 96,66 EUR) da sich die gesamten Unterrichtsstunden verringert haben. Die durchschnittlichen Honorarkosten einer Unterrichtsstunde (Grundlage: Honorarzahungen in 2023: 860.548,00 EUR; durchgeführte UStunden: 23.053) liegt bei 37,33 EUR (2022: 31,63 EUR).

Der Jahresabschluss 2023 wird voraussichtlich auch nach allen Rückstellungsbuchungen mit einem positiven Ergebnis abschließen.

Organe und deren Zusammensetzung

Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Dinslaken und Voerde sowie die Gemeinde Hünxe.

Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung,
- der Verbandsvorsteher/die Verbandsvorsteherin.

3.4.1.8 Volksbank Rhein-Lippe eG

Basisdaten

Anschrift Großer Markt 1, 46483 Wesel

Handelsregistereintragung 234 Amtsgericht Duisburg

Zweck der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Voerde ist an der Volksbank Rhein-Lippe eG mit einem Anteil in Höhe von 260 € beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Voerde wird in Form einer jährlichen Dividende (Größenordnung zuletzt <10,- EUR) auf die Genossenschaftsanteile am genossenschaftlichen Ertrag beteiligt.

Aufgrund der Geringfügigkeit der Beteiligung wird auf die Abbildung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen verzichtet.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Voerde zum 31. Dezember 2023

3.4.2.1 Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Anpachtung, die Verpachtung, der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau örtlicher Verteilungsanlagen für Gas einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben in der Stadt Voerde.

Der Gesellschaftszweck ist auf öffentliche Zwecke ausgerichtet. Im Zusammenhang des Unternehmensgegenstandes kann die Gesellschaft

- a) andere Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen,
- b) Handelsgeschäfte und Dienstleistungen jeglicher Art ausführen,
- c) Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die öffentliche Zwecksetzung der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG (SWVG) ist im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben. Die SWVG übernimmt mit Unterstützung der Pächterin GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) Aufgaben der Versorgung und somit Aufgaben der Daseinsvorsorge, die den öffentlichen Zweck gem. § 107a GO NRW erfüllen. Ein Ziel ist die Sicherung der stetigen und dauerhaften Aufgabenerfüllung, der sogenannten öffentlichen Zwecksetzung. Gleichzeitig wird mit einer privatrechtlichen Organisationsform eine wirtschaftlichere und flexiblere Aufgabenerfüllung angestrebt. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrags durchgeführt. Das Vermögen der Gesellschaft ist nur für Zwecke, die Gegenstand des Unternehmens sind, verwendet worden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	7.749	7.802	-53	A. Eigenkapital	5.819	5.905	-86
B. Umlaufvermögen	354	110	+244	B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25	25	+0
				C. Zuschüsse	160	195	-35
				D. Rückstellungen	17	861	-844
				E. Verbindlichkeiten	2.078	922	+1.157
				F. Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	-0
Bilanzsumme	8.103	7.912	+192	Bilanzsumme	8.103	7.912	+192

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.066	1.030	+37
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	40	0	+40
5. Materialaufwand	0	0	+0
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	229	223	+6
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	88	72	+16
Finanzergebnis	-25	-5	-20
Ergebnis vor Ertragssteuern	+764	+730	+34
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+620	+706	-86

Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Allgemein

Die Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG (SWVG) wurde am 28. August 2020 rückwirkend zum 1. Januar 2020 gegründet, um die Versorgung mit Gas in der Kommune Voerde sicher zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels wurden am 1. Dezember 2020 die Rechte und Pflichten aus dem Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Voerde und der Niederrheinische Gas- und Wasserwerke GmbH vom 16./19. Dezember 2002, die zunächst im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die GELSENWASSER AG übergingen und im Jahr 2009 auf die

GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) übertragen wurden, auf die SWVG übertragen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2020 hat die GWN ihr Gasnetz in die SWVG eingebracht. Den Betrieb, den Aufbau und Ausbau einschließlich Instandhaltung des Netzes überlässt die Gesellschaft der GWN auf Basis eines Pachtvertrags ebenfalls mit Wirkung zum 1. Januar 2020. Die kaufmännischen Dienstleistungen werden von der GWN erbracht.

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Unternehmensziele

Zur Gewährleistung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und zur Erzielung einer angemessenen Rendite ist der Gegenstand der SWVG der Erwerb, die Anpachtung, die Verpachtung, der Betrieb, die Planung, der Bau sowie die Errichtung und Instandhaltung von Gasnetzen. Die öffentliche Zwecksetzung der SWVG ist im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben. Die SWVG übernimmt mit Unterstützung der Pächterin (GWN) Aufgaben der Versorgung und somit Aufgaben der Daseinsvorsorge, die den öffentlichen Zweck gem. § 107a GO NRW erfüllen. Ein Ziel ist die Sicherung der stetigen und dauerhaften Aufgabenerfüllung, der sogenannten öffentlichen Zwecksetzung. Gleichzeitig wird mit einer privatrechtlichen Organisationsform eine wirtschaftlichere und flexiblere Aufgabenerfüllung angestrebt. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrags durchgeführt. Das Vermögen der Gesellschaft ist nur für Zwecke, die Gegenstand des Unternehmens sind, verwendet worden.

Steuerungssystem

Zentrale Steuerungskennzahl und Messgröße der SWVG zur Begutachtung der Wertentwicklung ist der Jahresüberschuss.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die SWVG ist seit 2020 als Netzeigentümerin Gas zum einen durch ihren kommunalen Hintergrund und zum anderen durch das regulatorische Umfeld (ARegV, EnWG etc.) geprägt. Die EU-Institutionen haben, angesichts der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise im vergangenen Jahr und der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf den Weg gebracht beziehungsweise verstärkt. Mit Blick auf das Aufflammen des Nahost-Konflikts bleibt abzuwarten, ob weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Situation ergriffen werden. Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) wurde im Jahr 2023 mehrfach novelliert. Dabei wurden verschiedene Themen behandelt, insbesondere die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und der Aufbau eines Wasserstoff- Kernnetzes einschließlich dessen Finanzierung. Zentral für die Umsetzung des EuGH-Urteils ist die formale Aufwertung der Bundesnetzagentur, die nun allein die Bedingungen für den Netzzugang und die Netzentgelte (Strom, Gas, Wasserstoff) festlegen kann. In einem parallel zur EnWG-Hauptnovelle verabschiedeten Entschließungsantrag wird angekündigt, dass weitere Regelungen zum Thema Netzanschluss zu erwarten sind.

Geschäftsverlauf

Als reine Eigentumsgesellschaft erhält die SWVG im Wesentlichen Pachtzahlungen von ihrer Pächterin GWN.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.066 T€ (Vorjahr: 1.030 T€) betreffen mit 1.031 T€ (Vorjahr: 983 T€) Pächterträge und mit 35 T€ (Vorjahr: 47 T€) Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Die Abschreibungen belaufen sich auf 229 T€ (Vorjahr: 223 T€), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 88 T€ (Vorjahr: 72 T€). Die Ertragsteuern betragen 143 T€ (Vorjahr: 23 T€). Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 620 T€ (Vorjahr: 706 T€) ausgewiesen. Damit liegt der Jahresüberschuss um 36 T€ unter Budgetniveau.

Finanzlage

Die SWVG verfügt am 31. Dezember 2023 über 32 T€ (Vorjahr: 18 T€) liquide Mittel. Die Liquidität wird über die Pachteinnahmen und die Einbindung der Gesellschaft in das Cash-Pooling der Stadtwerke Voerde GmbH, Voerde, gesichert.

Das Eigenkapital beträgt 5.819 T€ (Vorjahr: 5.905 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich aufgrund der Beanspruchung von Mitteln aus dem Cash-Pooling erhöht.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 8.103 T€ (Vorjahr: 7.912 T€). Die Aktivseite weist mit 7.749 T€ (Vorjahr: 7.802 T€) im Wesentlichen Anlagevermögen aus.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Investitionen in Sachanlagen 176 T€ (Vorjahr: 787 T€). Hierbei handelt es sich überwiegend um durchgeführte Investitionen in das Gasnetz. 95,6 % (Vorjahr: 98,6 %) des Vermögens sind langfristig gebunden. Die Eigenkapitalquote beträgt rund 71,8 % (Vorjahr: 74,6 %).

Die SWVG weist zum 31. Dezember 2023 Rückstellungen in Höhe von 17 T€ (Vorjahr: 861 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2.078 T€ (Vorjahr: 922 T€) aus. Bei den Rückstellungen sind 11 T€ (Vorjahr: 855 T€) auf Steuerrückstellungen und 6 T€ (Vorjahr: 6 T€) auf sonstige Rückstellungen zurückzuführen.

Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich einzig um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadtwerke Voerde GmbH ist alleinige Kommanditistin der SWVG. Die Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH stellt die Komplementärin ohne Kapitaleinlage dar.

Bericht gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die SWVG führt die Tätigkeit der Gasverteilung im Sinne des § 6b Abs. 3 Ziffer 4 EnWG aus. Auf Grundlage der Anforderungen des § 6b Abs. 3 EnWG führt die SWVG getrennte Konten im Rahmen der Tätigkeit Gasverteilung und erstellt in ihrer Rechnungslegung für die Tätigkeit Gasverteilung eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss).

Das Gasnetz der SWVG ist seit dem 1. Januar 2020 an die GWN verpachtet. Des Weiteren wurde mit der GWN ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung abgeschlossen.

Chancen- und Risikobericht

Bei einer reinen Eigentumsgesellschaft wie bei der SWVG ist ein wesentliches Risiko die Zerstörung des Anlagevermögens durch Dritte oder durch Umwelteinflüsse. Die unmittelbaren Risiken aus dem Netzbetrieb liegen bei der das Netz betreuenden Pächterin GWN.

Darüber hinaus haben für die SWVG die regulatorischen Rahmenbedingungen eine hohe Bedeutung, so dass Änderungen bei diesen regulatorischen Rahmenbedingungen durch Änderungen in den gesetzlichen Grundlagen ebenfalls ein wesentliches Risiko darstellen.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden und sonstigen Risiken erkennbar, die die Zukunft des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Eine besondere Herausforderung in den nächsten Jahren wird der stetige Ausstieg aus dem fossilen Erdgas hin zu alternativen Energieformen sein. Hier sind politische und regulatorische Sicherheiten die Grundlage für eine langfristige Investitionsstrategie. Aktuell bedeutet dies, dass Netzerweiterungen Gas auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die Erneuerung des Gasnetzes, unter Berücksichtigung des bestehenden Regelwerkes und der damit verbundenen sicherheitsrelevanten Aspekte, wird ebenfalls auf ein Mindestmaß reduziert.

Für das Geschäftsjahr 2024 sind Investitionen in Höhe von 454 T€ und Pächterlöse in Höhe von 930 T€ geplant. Der erwartete Jahresüberschuss liegt bei 545 T€.

3.4.2.2 Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH

Zweck der Beteiligung

Die Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH erfüllt die Funktion der Komplementärin und Geschäftsführerin der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG. Sie übt keine eigene Geschäftstätigkeit aus. Die Gesellschaft beschäftigt keine Arbeitnehmer.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG. Aufgabe der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG ist die Versorgung mit Energie, die Sicherstellung des Betriebs von Energieversorgungsnetzen, die Unterhaltung und der Ausbau der örtlichen Verteilungsanlagen zum Zwecke der Stärkung der örtlichen Energieversorgung. Die Gesellschaft ist mit der Geschäftsführung der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG der öffentlichen Zwecksetzung gerecht geworden und hat ihren Zweck erreicht.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	0	0	+0	A. Eigenkapital	28	27	+1
B. Umlaufvermögen	31	30	+1	B. Rückstellungen	3	3	+0
Bilanzsumme	31	30	+1	Bilanzsumme	31	30	+1

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0	0	+0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	5	5	+0
5. Materialaufwand	0	0	+0
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	0	0	+0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	4	4	+0
Finanzergebnis	0	0	+0
Ergebnis vor Ertragssteuern	+1	+1	+0
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+1	+1	-0

Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Voerde Gasnetz Verwaltungs GmbH erfüllt die Funktion der Komplementärin und Geschäftsführerin der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG. Sie übt keine eigene Geschäftstätigkeit aus. Die Gesellschaft beschäftigt keine Arbeitnehmer.

Dienstleistungsverträge

Um alle anfallenden Aufgaben erfüllen zu können, wird die Gesellschaft über einen kaufmännischen Dienstleistungsvertrag durch die GELSENWASSER Energienetze GmbH, Gelsenkirchen, unterstützt.

Steuerungssystem

Zentrale Steuerungskennzahl und Messgröße der Gesellschaft ist der Jahresüberschuss.

Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) beträgt 25.000 € und ist voll eingezahlt. Der Gewinnvortrag beträgt 2.084 €. Die Eigenkapitalquote liegt bei 91 %. Die Bilanzsumme beträgt 30.973 €.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt am 31. Dezember 2023 über liquide Mittel in Höhe von 25.417 €. Ihren Zahlungsverpflichtungen kam die Gesellschaft jederzeit fristgerecht nach.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2023 beläuft sich entsprechend der Planung auf 1.089 €. Die Gesellschaft erzielt keine Umsatzerlöse. Den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 5.476 €, die ausschließlich aus Haftungsvergütung und Auslagenersatz bestehen, stehen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 4.226 € gegenüber.

Beteiligungsverhältnisse

Die Geschäftsanteile an der Gesellschaft werden zu 100 % durch die Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG gehalten.

Chancen- und Risikobericht

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen allein in der theoretischen Möglichkeit der Inanspruchnahme aufgrund der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG. Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden und sonstigen Risiken erkennbar, die die Zukunft des Unternehmens gefährden. Durch die Beschränkung der Funktion der Gesellschaft auf die Rolle als Komplementärin und Geschäftsführerin der Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG bestehen keine berichtenswerten Geschäftschancen.

Prognosebericht

Die Lage am Energiemarkt hat sich trotz des anhaltenden russischen Angriffskriegs in der Ukraine im letzten Jahr deutlich beruhigt. Die Versorgungslage in Deutschland kann wegen der gut gefüllten Speicher gegenwärtig als komfortabel bezeichnet werden, Abweichungen von der prognostizierten Witterung können dieses Bild aber ändern. Eine belastbare Abschätzung möglicher Auswirkungen auf die Stadtwerke Voerde Gasnetz GmbH & Co. KG ist zum derzeitigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich. Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Ergebnis auf Vorjahresniveau erwartet.

3.4.2.3 Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG (SNG Voerde KG), Voerde, ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Voerde. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH mit Sitz in Voerde (VW SNG Voerde mbH). Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 74,9 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Voerde GmbH sowie mit 25,1 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH, Dortmund.

Oberstes und direktes Mutterunternehmen ist die Stadtwerke Voerde GmbH. Die SNG Voerde KG wird nicht in einen Konzernabschluss einbezogen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG (SNG Voerde KG), Voerde, ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Voerde. Die Geschäftsführung erklärt gemäß § 11 Nr. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages, dass die öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung der SNG Voerde KG eingehalten wird.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	7.470	6.333	+1.137	A. Eigenkapital	3.262	3.267	-5
B. Umlaufvermögen	602	535	+67	B. Rückstellungen	27	22	+5
				C. Verbindlichkeiten	4.181	2.901	+1.280
				D. Rechnungsabgrenzungsposten	601	678	-77
Bilanzsumme	8.071	6.868	+1.204	Bilanzsumme	8.071	6.868	+1.204

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	2.066	1.962	+104
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	1	0	+1
5. Aufwand f. bez. Leistungen	1.180	1.158	+23
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	382	340	+42
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	115	63	+51
Finanzergebnis	-9	-6	-3
Ergebnis vor Ertragssteuern	+380	+395	-15
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+360	+364	-5

Geschäftsentwicklung

Grundlagen

Die Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG (SNG Voerde KG), Voerde, stellt auf Grund der Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Duisburg unter HRA 12718 eingetragen. Gegenstand der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Voerde.

Die Geschäftsführung erklärt gemäß § 11 Nr. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages, dass die öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung der SNG Voerde KG eingehalten wird.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zinserhöhungen der Notenbanken belasteten die Weltwirtschaft im Berichtsjahr, was sich in den Prognosen für das Wachstum der Bruttoinlandsprodukte (BIP) widerspiegelt. Gemäß OECD soll das globale BIP für das Jahr 2023 ein Wachstum von 2,9 Prozent erreicht haben und läge damit hinter dem Wachstum des Jahres 2022 mit 3,3 Prozent zurück.

Die Konjunkturprognose des OECD für Deutschland hatte im Juni 2023 für das Berichtsjahr eine Stagnation für möglich gehalten. Mittlerweile wird mit einem leichten Wachstum des BIP der deutschen Wirtschaft von 0,3 Prozent gerechnet. Ein wesentlicher Grund für das schwache Wachstum sind die Zinserhöhungen, um der Inflation entgegenzusteuern. Das höhere Zinsniveau hat zur Folge, dass die Wirtschaftsaktivität gebremst wird, was sich unter anderem in der Baubranche zeigt. Im gesamten Jahresverlauf war für Wirtschaft und Haushalte die Inflation spürbar, die gemäß OECD im Jahr 2023 im Schnitt bei 6,6 Prozent lag.

Die EU-Institutionen haben, angesichts der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise im vergangenen Jahr und der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf den Weg gebracht beziehungsweise verstärkt. Mit Blick auf das Aufflammen des Nahost-Konflikts bleibt abzuwarten, ob weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Situation ergriffen werden.

Auf Bundesebene hat die Bundesregierung mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) Maßnahmen zur Beschleunigung des Smart Meter Rollouts beschlossen. Das MsbG wurde durch das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende novelliert und sieht einen Rollout-Fahrplan mit verbindlichen Zielen bis 2030 vor. Die Messstellenbetreiber werden verpflichtet, die angeschlossenen Verbrauchsstellen sukzessive mit intelligenten Messsystemen auszustatten. Das Gesetz trat im Mai 2023 in Kraft.

Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) wurde im Jahr 2023 mehrfach novelliert. Dabei wurden verschiedene Themen behandelt, insbesondere die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und der Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes einschließlich dessen Finanzierung. Zentral für die Umsetzung des EuGH-Urteils ist die formale Aufwertung der Bundesnetzagentur, die nun allein die Bedingungen für den Netzzugang und die Netzentgelte (Strom, Gas, Wasserstoff) festlegen kann. In einem parallel zur EnWG-Hauptnovelle verabschiedeten Entschließungsantrag wird angekündigt, dass weitere Regelungen zum Thema Netzanschluss zu erwarten sind.

Was die Entlastung der Strom- und Gaskunden betrifft, so wurde 2023 ein ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Gas- und Stromlieferungen wirksam. Diese Maßnahme wurde bis zum 29. Februar 2024 verlängert. Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November 2023 entschieden, dass das Gesetz über den zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig ist. Das Urteil betrifft unmittelbar den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Bei Übertragung der Grundsätze auf die weiteren Sondervermögen ist mittelbar auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) betroffen. In der Folge hat die Bundesregierung die staatliche Förderung über die Strom- und Gaspreisbremsen nicht wie geplant bis Ende März 2024 verlängert, sondern diese liefen Ende 2023 aus.

Regulatorische Aspekte

In der Sparte Strom steht das Niveau für die Erlösobergrenze der Westnetz bis Ende 2028 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit fest. Die finale Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode Strom (2024 bis 2028) hat die Westnetz bisher noch nicht durch einen entsprechenden Beschluss der Bundesnetzagentur erhalten.

Der generelle sektorale Produktivitätsfaktor (Xgen) der Sparte Strom wurde von der Bundesnetzagentur für die vierte Regulierungsperiode noch nicht festgesetzt. Daher erfolgte der Ansatz des bisherigen Wertes von 0,9 Prozent. Beim individuellen Effizienzwert (Xind) wurde ebenfalls aufgrund noch nicht finaler Festlegung der BNetzA der Wert von 100 Prozent aus der dritten Regulierungsperiode übernommen. Weiterhin hat Westnetz fristgerecht zum 30.06.2023 einen Antrag auf Genehmigung eines Kapitalkostenaufschlages Strom gestellt.

Den Beschluss zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze 2024 auf Grund dieses Antrages hat Westnetz bisher noch nicht erhalten.

Auf Basis der vorgenannten Sachstände und unter Berücksichtigung des beantragten Kapitalkostenaufschlages hat Westnetz die Bemessung der Erlösobergrenze Strom für 2024 vorgenommen.

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Verschiedene Netzstudien der Deutsche Energie-Agentur (dena) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zusammen mit weiteren Partnern verdeutlichen, dass die Energiewende einen erheblichen Netzausbau erfordert. So sind nicht nur die Übertragungsnetze in erheblichem Umfang zu verstärken, sondern insbesondere die Verteilnetze.

Umsatzerlöse

Für das Geschäftsjahr 2023 betragen die Umsatzerlöse der SNG Voerde KG 2.066.137,51 € (Vorjahr 1.962.027,64 €). Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus Pächterlösen gegenüber der Westenergie AG, Preisnachlässen auf Netznutzung, Konzessionszahlungen sowie erfolgswirksam aufgelösten Hausanschlusskostenbeiträgen und Baukostenzuschüssen.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter.

Tätigkeitsabschluss gem. § 6b EnWG

Die SNG Voerde KG übt die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Moderner Messstellenbetrieb und intelligente Messsysteme aus. In der Elektrizitätsverteilung werden 1.352.539,40 € (Vorjahr 940.318,75 €) investiert. Das Ergebnis nach Steuern belief sich auf 392.447,08 € (Vorjahr 387.833,72 €). In der Tätigkeit Moderner Messstellenbetrieb und intelligente Messsysteme wurden Investitionen von 247.706,33 € (Vorjahr 147.664,54 €) durchgeführt. Das Ergebnis nach Steuern belief sich auf -32.841,90 € (Vorjahr -23.674,97 €).

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Pächterträge und das Jahresergebnis.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2.066.137,51 € (Vorjahr 1.962.027,64 €) Umsatzerlöse, im Wesentlichen aus Weiterverrechnung der Konzessionsabgabe sowie aus Verpachtung von Netz und Zählern an die Westenergie AG.

Die unter den Materialaufwendungen aufgeführten Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgabe sowie die Dienstleistungsentgelte an die Westenergie AG für die kaufmännische Dienstleistung.

Die planmäßige Abschreibung beläuft sich auf 381.904,41 € (Vorjahr 339.865,85 €).

Der sonstige betriebliche Aufwand ist durch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung 2023, der Steuerberatung, die Aufwandserstattung an die Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH und weiteren betrieblichen Aufwendungen geprägt, die im Wesentlichen auf die Verluste aus Abgängen des Sachanlagevermögens entfallen.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 359.605,18 € (Vorjahr 364.158,75 €) und entspricht dem Jahresüberschuss.

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 8.071.413,26 € (Vorjahr 6.867.892,56 €) ausgewiesen.

Die Aktivseite ist vor allem durch das Sachanlagevermögen geprägt. Die Passiva bestehen im Wesentlichen aus dem Eigenkapital, dem Darlehen bei der Niederrheinischen Sparkasse Rhein-Lippe sowie aus den passivisch abgegrenzten Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen 63.710,43 € (Vorjahr 37.729,78 €).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Betriebsrisiken bestehen im Wesentlichen durch Planungsfehler sowie mögliche Systemausfälle. Diese Risiken sind durch Verträge mit dem Pächter Westenergie AG und dem Betreiber Westnetz GmbH abgesichert. Die Qualität der Netze sowie die für unsere Kunden notwendige Versorgungssicherheit wird durch kontinuierliche Verbesserung der Anlagen, Prozesse und permanente Qualitätssicherung gewährleistet.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.


Prognosebericht

Gegenstand der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Voerde.

Die Gesellschaft wird sich weiterhin in den Schwerpunkten Netzerhalt und dem Ausbau der Netzinfrastruktur betätigen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem kommunalen Gesellschafter und dem Netzbetreiber.

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, die Vergütung von Neuinvestitionen ab 2024 anzupassen, sodass das aktuelle Zinsniveau zeitnah Berücksichtigung findet. Damit soll der Finanzierbarkeit des im Rahmen der Energiewende steigenden Investitionsbedarfs Rechnung getragen werden. Die Ermittlung des EKII-Zinses für Neuinvestitionen wurde bereits mit Festlegung vom 14.08.2023 von einem 10-jährigen Durchschnitt auf einen Jahreswert angepasst. Der Beschlussentwurf der BNetzA zum EKI-Zins sieht ebenfalls eine Anpassung von einem 10-jährigen Durchschnitt auf einen Jahreswert vor. Mit einer Festlegung ist im ersten Quartal 2024 zu rechnen.

Aufgrund gestiegener Zinsen ist aus Anschlussfinanzierungen für den Anlagenbestand ab den Jahren 2025/2026 eine Ergebnisbelastung zu erwarten. Mit Beginn der fünften Regulierungsperiode (Gas 2028/Strom 2029) können gestiegene Fremdkapitalzinsen über eine Erhöhung der regulatorischen Pacht aufgefangen werden.



Die Geschäftsführung geht für 2024 von einem Ergebnis vor Steuern von rund 304 T€ aus. Für das Jahr 2025 plant die Geschäftsführung mit einem Ergebnis vor Steuern von 363 T€ und für 2026 mit einem Vorsteuerergebnis von 252 T€.

Auswirkungen des seit dem 24. Februar 2022 herrschenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des Nahostkonflikts auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung nicht.

3.4.2.4 Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH (VW StromNG Voerde), Voerde, ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG mit Sitz in Voerde. Eine operative Geschäftstätigkeit übt die Gesellschaft nicht aus.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH (VW StromNG Voerde), Voerde, ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG mit Sitz in Voerde. Die Gesellschaft ist mit der Geschäftsführung der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG der öffentlichen Zwecksetzung gerecht geworden und hat ihren Zweck erreicht.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	0	0	+0	A. Eigenkapital	32	29	+2
B. Umlaufvermögen	40	38	+2	B. Rückstellungen	9	8	+0
Bilanzsumme	40	38	+2	Bilanzsumme	40	38	+2

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0	0	+0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	6	9	-3
5. Materialaufwand	0	0	+0
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	0	0	+0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	4	7	-3
Finanzergebnis	0	0	+0
Ergebnis vor Ertragssteuern	+3	+3	+0
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	+2	+2	+0

Geschäftsentwicklung

Grundlagen

Die Verwaltungsgesellschaft Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH (VW StromNG Voerde), Voerde, stellt auf Grund der Bestimmungen des § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Duisburg unter HRB 32500 eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der VW StromNG Voerde ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG mit Sitz in Voerde.

Wirtschaftsbericht

Gesamtleistung

Für das Geschäftsjahr 2023 betragen die sonstigen betrieblichen Erträge der VG SNGV 6.448,43 € (Vorjahr 9.036,54 €).

Mitarbeiter

Die VW StromNG Voerde hat keine eigenen Mitarbeiter.

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine Kostenerstattung und die vertraglich vereinbarte Haftungspauschale der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Wesentlichen durch Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung, Kosten für die Steuerberatung sowie Aufwendungen für die kaufmännische Dienstleistungspauschale geprägt.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 2.104,39 € (Vorjahr 1.930,53 €).

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 40.166,77 € (Vorjahr 37.822,39 €) ausgewiesen.

Die Aktivseite besteht aus dem Umlaufvermögen und ist durch das Bankguthaben geprägt. Die Passiva bestehen aus Rückstellungen und dem Eigenkapital der Gesellschaft.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Das Risiko besteht in der persönlich unbeschränkten und nicht beschränkbarer Haftung als Komplementärin bei der Strom-Netzgesellschaft Voerde mbH & Co. KG.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für 2024 und die folgenden Jahre von einem positiven Ergebnis auf Vorjahresniveau aus.

3.4.2.5 Voerde Windenergie GmbH

Zweck der Beteiligung

An der Gesellschaft sind die Stadtwerke Voerde GmbH zu 25,1 % und die RAG Montan Immobilien GmbH zu 74,9 % beteiligt. Zweck des Unternehmens ist die Konzeptionierung, Planung sowie Errichtung und der Betrieb von einer Windenergieanlage (WEA) auf Flächen der ehemaligen Schachanlage Voerde in Voerde.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

An der Gesellschaft sind die Stadtwerke Voerde GmbH zu 25,1 % und die RAG Montan Immobilien GmbH zu 74,9 % beteiligt. Zweck des Unternehmens ist die Konzeptionierung, Planung sowie Errichtung und der Betrieb von einer Windenergieanlage (WEA) auf Flächen der ehemaligen Schachanlage Voerde in Voerde.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung		2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen	4.854	718	+4.136	A. Eigenkapital	990	1.072	-82
B. Umlaufvermögen	1.718	411	+1.307	B. Rückstellungen	321	20	+300
C. Rechnungsabgrenzung	0	0	+0	C. Verbindlichkeiten	5.263	37	
Bilanzsumme	6.573	1.129	+5.444	Bilanzsumme	6.573	1.129	+5.444

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	105	0	+105
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	+0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	+0
4. sonstige betriebliche Erträge	3	0	+3
5. Materialaufwand	7	0	+7
6. Personalaufwand	0	0	+0
7. Abschreibungen	25	0	+25
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	107	58	+49
Finanzergebnis	-51	-10	-41
Ergebnis vor Ertragssteuern	-82	-67	-15
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-83	-68	-15

Geschäftsentwicklung

Grundlagen

An der Gesellschaft sind die Stadtwerke Voerde GmbH zu 25,1 % und die RAG Montan Immobilien GmbH zu 74,9 % beteiligt. Zweck des Unternehmens ist die Konzeptionierung, Planung sowie Errichtung und der Betrieb von einer Windenergieanlage (WEA) auf Flächen der ehemaligen Schachanlage Voerde in Voerde. Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal. Die von der Gesellschaft benötigten Dienstleistungen werden von den Gesellschaftern sowie der GELSENWASSER AG auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen erbracht. Die Voerde Windenergie GmbH (VWE) wurde am 24.03.2021 gegründet.

Die Gesellschaft wurde von Ihren Gesellschaftern, neben dem Stammkapital von 25 T€, mit einer Kapitalrücklage von 1.120 T€ zum 31.12.2022 ausgestattet. Die Höhe der EEG-Vergütung für Windstrom ist im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG 2017) geregelt. Die Gesellschaft hat in der Ausschreibung Gebotstermin 01.02.2022 mit einem Gebotswert von 5,80 ct/kWh einen Zuschlag erhalten.

Im Jahr 2023 wurde die Windenergieanlage errichtet und konnte im November in Betrieb gehen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2023 von den Folgen der globalen Krisen geprägt. Trotz der jüngsten Rückgänge blieben die Preise auf allen Wirtschaftsstufen weiterhin hoch und dämpften die Konjunktur. Zusätzlich verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen aufgrund steigender Zinsen. Somit konnte sich die deutsche Wirtschaft nicht weiter vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 erholen. Ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zufolge war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um 0,3 Prozent niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang

der Wirtschaftsleistung 0,1 Prozent. In jeweiligen Preisen lag das Bruttoinlandsprodukt mit 4.121 Milliarden Euro um 6,3 Prozent höher als im Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent und betrug im Jahr 2023 durchschnittlich 48.746 Euro.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

2023 wurde mit fast 52 Prozent erstmals über die Hälfte des verbrauchten Stroms durch erneuerbare Energieträger gedeckt. Erstmals wurde mit 56 Prozent auch deutlich mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Den größten Beitrag (27 Prozent) zur Stromerzeugung leisteten Windkraftanlagen – vor allem an Land. Die Windenergie leistete erstmals mehr Strom als Braun- und Steinkohlekraftwerke zusammen. Fast 37 Prozent weniger Steinkohle und fast 25 Prozent weniger Braunkohle wurden zur Stromerzeugung genutzt. Neue Anlagen werden bereits schneller genehmigt, der Zubau kommt voran: Bereits im ersten Halbjahr 2023 wurden 50 Prozent mehr Windräder ans Stromnetz angeschlossen als im Jahr 2022. In Betrieb gingen bis Ende 2023 826 neue Windkraftanlagen mit einer Leistung von 3,6 GW. Damit sind Anlagen an Land mit einer Gesamtleistung von 61 GW installiert.

Genehmigt wurden rund 1.500 Anlagen mit einer Leistung von 8 GW. Das sind beinahe doppelt so viele Genehmigungen wie 2022 oder 2021 – dank einfacherer Genehmigungsverfahren. Damit sind die Weichen für einen dynamischen Ausbau gestellt. Mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ sollen alle Bundesländer die Windenergie an Land massiv ausbauen. Ausbauziele, Ausschreibungsmengen und Vergütungen für Windkraftanlagen wurden mit dem „EEG 2023“ erhöht. Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit den Ländern und der Windkraftbranche eine „Wind-an-Land-Strategie“ vereinbart. Bis 2030 sind pro Jahr weitere Windanlagen mit 10.000 MW (10 GW) Leistung das Ziel.

Um die lokale Akzeptanz von Windenergie- und Solaranlagen zu stärken, sollen Anlagenbetreiber die Kommunen am finanziellen Ertrag beteiligen.

Geschäftsverlauf

Im Februar 2023 wurde mit dem Bau der Nebengewerke wie Baugrundverbesserung, Wege- und Kranstellenbau begonnen. Der Windenergieanlagenhersteller hat, nachdem das Fundament errichtet war, im Mai die Großkomponenten der Anlage mit einem Selbstfahrer angeliefert. Die Errichtung des Turms fand im Zeitraum Juni/ Juli statt. Der Herbst war geprägt vom Bau der Übergabestation und dem Netzanschluss. Seit der Inbetriebnahme am 23.11.2023 wurden 1.618.260,60 kWh in Netz eingespeist.

Seit 2021 liegen zwei Klagen gegen den Kreis Wesel wegen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage vor. Die Voerde Windenergie GmbH ist Beigeladener. In 2022 konnte mit einem Kläger, der Betreiber zweier benachbarter Windenergieanlagen ist und u.a. gegen die Standsicherheit geklagt hat, eine außergerichtliche Einigung erzielt werden, so dass die Klage am 27.01.2023 zurückgezogen wurde. Die zweite Klage wurde mit diversen Themen wie Schall, Infraschall, Schattenwurf, Flächennutzungsplan, Artenschutz, Waldumwandlung und Immobilienwertverlust begründet. Das OVG Münster hat diese am 24.02.2023 abgewiesen. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Der Kläger hat dagegen Einspruch beim Bundesverwaltungsgericht erhoben und am 07.06.2023 zurückgezogen.

Ertragslage

Die vorbereitenden Projektarbeiten führen zu Anlaufverlusten und erwartungsgemäß zu einem negativen Jahresergebnis. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten eine außergewöhnliche Vergleichszahlung sowie das Geschäftsbesorgungsentgelt für kaufmännische Dienstleistungen.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft kann als solide bezeichnet werden. Verbindlichkeiten werden innerhalb der Zahlungsfrist beglichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele vereinnahmt.

Im Jahr 2021 erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die Gesellschafter in Höhe von 481 T€, davon 281 T€ durch die Gemeindewerke Hünxe GmbH und 200 T€ durch die RAG Montan Immobilien GmbH.

Im Jahr 2023 wurden aus einem Darlehensvertrag mit der RAG AKTIENGESELLSCHAFT 4.480 T€ ausgezahlt.

Die Einnahmen der Gesellschaft setzen sich hauptsächlich durch die Einspeiseerlöse der produzierten Strommenge zusammen. Es sind keine weiteren Investitionen geplant.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Im Projekt werden Chancen und Risiken jederzeit betrachtet und analysiert und erforderliche Maßnahmen bzw. Gegenmaßnahmen gefasst.

Technische Risiken begegnet das Unternehmen durch einen langfristigen Wartungsvertrag mit dem Anlagenhersteller, der eine Verfügbarkeit der Anlagen von 97 % in den Betriebsjahren 1 - 15 zusichert. Danach wird eine Verfügbarkeit von 95 % (Betriebsjahre 16 - 20) als Fünf-Jahres-Mittel garantiert. Zudem übernimmt die GELSENWASSER AG die technische Betriebsführung und überwacht die Anlagen zusätzlich. Monatliche Reports dokumentieren den Ertrag und die Verfügbarkeit.

Wesentliche Bedeutung für das Ergebnis des Unternehmens hat der Windertrag. Zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit waren Windertragungsgutachten erarbeitet worden. Es besteht allerdings das Risiko der Unterschreitung des Ertrages.

Es besteht aber auch die Chance, dass sich der Ertrag durch eine höhere Windausbeute erhöht. Außerdem besteht die Möglichkeit durch einen eventuell höheren Strompreis an der Strombörse oberhalb der gesicherten EEG-Vergütung ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Prognosebericht

Im Jahr 2024 ist die Windenergieanlage im Vollbetrieb. Das Jahresergebnis nach Steuern des Jahres 2024 wird nach Plan bei rd. 47 T€ liegen und im Jahr 2025 bei rd. 55 T€. Der Umsatz wird in beiden Jahren voraussichtlich bei rd. 662 T€ liegen.

4 Allgemeine Informationen

4.1 Kennzahldefinitionen

$$\text{Eigenkapitalquote in \%} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}} * 100$$

Die Eigenkapitalquote beschreibt das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital eines Unternehmens.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität in \%} = \frac{\text{Gewinn (Jahresüberschuss nach Steuern)}}{\text{Eigenkapital laut Bilanz am 31.12.}} * 100$$

Die Eigenkapitalrendite bezeichnet die "Verzinsung" des eingesetzten Eigenkapitals

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2 in \%} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} * 100$$

Der Anlagendeckungsgrad 2 ist eine Kennzahl, die anzeigt, inwieweit das Anlagevermögen durch das langfristig zur Verfügung stehende Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) gedeckt ist.

$$\text{Verschuldungsgrad in \%} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} * 100$$

Der Verschuldungsgrad gibt das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital an.

Diese Kennziffer erlaubt eine Aussage über die Stabilität eines Unternehmens und über dessen finanziellen Spielraum.

$$\text{Umsatzrentabilität in \%} = \frac{\text{Gewinn (Jahresüberschuss nach Steuern)}}{\text{Umsatz}} * 100$$

Die Umsatzrentabilität bezieht sich auf den Anteil am Umsatz in Prozent, den ein Betrieb als Gewinn erwirtschaftet.